

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Dienstag, 26. Oktober 2010 16:35

An: bettina.klinger@diakonie.at; elisabeth.grois@wien.gv.at; nadja.simader-hunek@wien.gv.at; debatte@diepresse.com; presse@vorarlberg.at; info@familylab.at; post.kija@noel.gv.at; kornelia.schock@donau-uni.ac.at; walter.rosenkranz@parlament.gv.at; ursula.haubner@parlament.gv.at; werner.amon@parlament.gv.at; elmar.mayer@spoe.at; harald.walser@gruene.at; nikolaus.prinz@parlament.gv.at; rosa.lohfeyer@parlament.gv.at; 3pr@parlament.gv.at; andrea.kuntzl@spoe.at; kurt.gruenewald@gruene.at; katharina.cortolezis-schlager@parlament.gv.at; elisabeth.hakel@parlament.gv.at; rainer.widmann@parlament.gv.at; karin.hakl@parlament.gv.at; prm_office@kulturkontakt.or.at

Betreff: Sammelmeldung 27.10.2010 - mit Schreiben der Plattform EduCare an die ParlamentarierInnen des Unterrichts- und Wissenschaftsausschuss und der bisher dazu einzigen eingelangten Antwort von Abg. Walser (GRÜNE)

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

SAMMELMELDUNG

**AUFRUF DER PLATTFORM EDUCARE AN MITGLIEDER, ELTERN,
FREUNDE UND SYMPATHISANTEN/INNEN ZUR NEUORDNUNG DER
ELEMENTARPÄDAGOGIK IN ÖSTERREICH**

 [AUFRUF](#)

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES
INFORMATIONSDIENSTES
VOM 26.10.2010 16:35:14**

MEINUNG**Bildung bedeutet Wohlstand**

Dazu die Meinung der Plattform EduCare

Glawischnig bedauert Jugend**TOP-THEMA****Volksbegehren für Bildung kommt**

Dazu die Meinung der Plattform EduCare

[IHS-Chef Felderer kritisiert Machtspiele bei Schulreform](#)**ZUR DISKUSSION****Strukturreform statt Mosaiksteinchen - Wifo-Expertin zu den Budgetverhandlungen**[Gelingt nachhaltige Sanierung?](#)[Ohne Länder geht gar nichts](#)[Strukturreform bei Pensionen](#)[Mehr Geld für Kinderbetreuung](#)[Bildung statt Koralmtunnel](#)[→ "Mehr Mut zu radikalen Maßnahmen"](#)**"DER STANDARD"-Kommentar: "Schere an der falschen Stelle" von Gerald John****Caritas-Präsident Küberl warnt vor "unsozialer Treffsicherheit" - Diakonie ...****Chalupka-Kritik am Budgetplan: Statt Reformen in der Administration, wieder nur Einsparungen bei den Menschen****Kritik der Opposition und aus den Ländern****Schönborn - Budget „nicht zukunftsorientiert“**[Hinter Budgetentscheidungen stehen Grundsatzfragen](#)[Asyldebatte](#)[Stephansplatz – Zone des Respekts](#)**BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK**[Übersicht BAKIP's](#)[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)**Wiener Zentrum für Elementarpädagogik – BAKIP 21: Vortragsreihe „Aspekte der Kindergartenpädagogik“**[1. Vortrag am Dienstag, 16. 11. 2010 | Aspekte des Kinderschutzes](#)[2. Vortrag am Donnerstag, 25. 11. 2010 | Waldkindergarten](#)[3. Vortrag am Donnerstag, 16. 12. 2010 | Logopädagogik](#)[4. Vortrag am Mittwoch, 20. 1. 2011 | Mobile Frühförderung und Familienbegleitung](#)[5. Vortrag am Dienstag, 15. 2. 2011 | Der Blick der Kinderpsychologin auf die Kindergartenpädagogik](#)**BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG**[→ Elementarpädagogische Datenbank](#)**Reden wir über Bildung! Am besten auf Deutsch - Mangelnde Sprachkenntnisse sind zuallererst einmal ein soziales Problem.****BM:UKK / BM.W F**[BM:UKK-Homepage](#)[BMWF Homepage](#)**Alle Informationen des bm:ukk und des bm.w f zur PädagogInnen-Ausbildung NEU****BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM**[Gesetze Bundesländer](#)[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)**BURGENLAND**[Meldungen:](#)[Jugendarbeit in burgenländischen Gemeinden](#)[Hirm: 430.000 Euro für Kinderbetreuung](#)**KÄRNTEN**[Meldungen:](#)

[Jugendschutz: Neues, hartes Gesetz kommt ORF.at](#)
[Kärnten verschärft Gangart gegenüber Jugendlichen](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Kindergarten-Qualität darf nicht von Finanzkraft der Gemeinden abhängen](#)

[1.000 Kinderbetreuer demonstrierten vor Linzer Landhaus](#)

[Aufstand der Kindergärtnerinnen: "Haben Reden satt"](#)

[Protestaktion der Kindergartenpädagoginnen](#)

SALZBURG

[Meldungen:](#)

[Ein Rucksack voll mit Deutsch](#)

STEIERMARK

[Meldungen:](#)

[Den Kindergärten droht das Personal auszugehen](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

VORARLBERG

[Meldungen:](#)

[Breites Miteinander für weitere Schritte in der Jugendwohlfahrt](#)

[Bildung: Ökonom Fehr kritisiert die Regierung](#)

WIEN

[Meldungen:](#)

[Neun Gruppen verhandeln über rot-grüne Koalition](#)

[Sprachförderung, nicht immer freiwillig](#)

ELTERNBILDUNG

[Famliylab: Termine für November](#)

[familylab Österreich](#)

GENDER

[In der Gleichbehandlungspolitik ist noch viel zu tun - Nationalrat behandelt Frauenbericht 2010](#)

[→ Text Frauenbericht 2010](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

[Inklusion könnte allen gut tun.](#)

KINDERGARTEN

[Interview Mitterlehner: "Budget, bei dem es keine Sieger und Besiegte gibt"](#)

[Die ÖVP muss Steuern akzeptieren. Warum er trotzdem zufrieden ist, erklärt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner](#)

KINDERRECHTE

[Symposium: Kinderrechte – Oft zitiert, wie gelebt? - Kinderrechte – Wunsch und Wirklichkeit](#)

[Glaubensvertreter vollzogen Schulterchluss für Kinderrechte](#)

["Das Wohl des Kindes ist vorrangig"](#)

[Kinderrechte: Jungschar kritisiert Gesetzesentwurf](#)

[Windbüchler-Souschill: Regierung verhindert Verhandlungen zu Kinderrechten im ...](#)

[Kinderrechte gehören in die Verfassung — Katholische Kirche Vorarlberg](#)

[NÖN Niederösterreichische Nachrichten Kinderrechte „Noch lange ...](#)

[Österreich: Kinderrechte in die Verfassung](#)

[Katholische Akton ruft Nationalrat zu Fremdenrechtsreform auf](#)

[MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION](#)

[Deutschland: Studie zu Familienplanung und Migration - BZgA und BMFSFJ stellen Studie zu Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund vor](#)

[PARLAMENT](#)

[„Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe“; Stellungnahmen zur Elementarpädagogik](#)

[An das Österreichische Parlament / die Damen und Herren des Unterrichtsausschusses](#)

[An das Österreichische Parlament / die Damen und Herren des Wissenschaftsausschusses](#)

[Antwort von: Harald Walser \[mailto:harald.walser@gruene.at\]](#)

[Antworten von BZÖ, FPÖ, ÖVP, SPÖ: fehlen](#)

[PLATTFORM EDUCARE](#)

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

[Wissenschaftliche Arbeiten aus Österreich](#)

[Ich komme nie raus... Bewältigungsstrategien und Lebenspraxis alleinerziehender Frauen im ländlichen Raum](#)

[Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen - Eine Studie zur subjektiven Wahrnehmung von Personen aus diesem Tätigkeitsfeld](#)

[Aus- und Weiterbildung österreichischer Kindergartenpädagoginnen aus historischer und zukünftiger Perspektive](#)

[Ausserfamiliäre Kinderbetreuung in Österreich - Vergleich der rechtlichen Bestimmungen in den Bundesländern](#)

[Der gesatzte BAGS-Kollektivvertrag](#)

[Identifikation und Förderung von Begabungen im schulischen Kontext](#)

[Bildung und soziale Ungleichheit im Elementarbereich. Eine empirische Studie über die Wahrnehmung und den](#)

[pädagogischen Umgang mit sozialen Diskriminierungserfahrungen in den Tiroler Kindergärten](#)

[Halt mich fest! Über die Bedeutung des Erlebens von Halt bei der Bewältigung von Trennung und Getrennt-Sein in der](#)

[Kinderkrippe. Einzelfallanalyse eines zweijährigen Mädchens in der Kinderkrippe](#)

[Bildungsthema "Elternschaft" - Institutionelle Elternbildung anhand ausgewählter Beispiele der Stadt Bruck an der Mur](#)

[Zur Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen mit Epilepsie](#)

[Die Untersuchung von Exekutiven Funktionen bei Vorschulkindern mit einer Kinderversion des Trail Making Tests](#)

[Allein auf weiter Flur. Über die Bedeutung von fixen Strukturen im Alltag des Kindergartens und in Beziehungen. Eine](#)

[Einzelfallstudie über einen zweijährigen Jungen und dessen Auseinandersetzung mit dem Erleben der Trennung von](#)

[primären Bezugspersonen](#)

[Vielfalt als Ressource. Möglichkeiten der Umsetzung am Beispiel des Modells der frühen sprachlichen Förderung in](#)

[steirischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen](#)

[Zur Erfassung des individuellen Hilfebedarfs von Personen mit geistiger und/oder mehrfacher Behinderung mittels](#)

[eines ICF-basierten Beurteilungsbogens](#)

[Informations- und Kommunikationstechnologien im Elementaren Bildungsbereich Kindergarten](#)

[Arbeitsteilige Interventionsplanung mit Familien](#)

[Kinderdelinquenz - Kriminologische Beurteilung und Behandlungsstrategien](#)

[Erziehungsbedürftig oder krank? Grenzfälle und Kooperationen zwischen stationärer Einrichtung der Jugendwohlfahrt und der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark](#)

[Der Kindergarten als Bildungsinstitution – eine bildungstheoretische Analyse der Annäherung des Kindergartens an die Schule](#)

[Erkennbare Effekte eines Kinderkrippenbesuches bei Kindern im Schulalter](#)

[Die Anzeigepflicht von Ärzten, Jugendwohlfahrtseinrichtungen und Schulpädagogen bei Verdacht auf Kindesmisshandlung](#)

[Erfassen körperlicher Aktivität bei Kindern im Alter zwischen 4-6 Jahren](#)

[Der andere Blick – Ein Beitrag zur kultursensiblen Kindergartenpädagogik unter besonderer Berücksichtigung von Trainings und Weiterbildungen zum Erwerb kultureller Kompetenzen](#)

[Kunstvermittlung für Kinder und Jugendliche am Beispiel Diözesanmuseum Graz - Verstehendes Erleben](#)

[Bewegung als begleitende Intervention bei kindlicher Legasthenie und Dyskalkulie](#)

[Das Schulwesen in Österreich. Historischer Überblick mit besonderer Betrachtung der Mädchenerziehung und der Veränderungen im Nationalsozialismus](#)

[Mobilität - Fachdidaktische Begleitung eines Museumsprojektes](#)

[Motopädagogische Interventionen bei aggressiven Kindern im Sportunterricht](#)

[Mutter-Kind-Bindung als unterstützender Faktor bei der Eingewöhnung von Kleinkindern in Kinderkrippen?](#)

[Soziale Ungleichheit und Qualität in Kinderkrippen am Beispiel der Wiener Kinderkrippenstudie](#)

[Der Einfluss des sozialen Status auf das Ergebnis der Kariesstatuserhebung bei 4 und 5 jährigen Kindern in Wiens Städtischen Kindergärten](#)

[Sprachförderung von Migrantenkindern in Kindergarten und Schule. Pädagogische und politische Interventionen zwischen Zweitsprachförderung und Mehrsprachigkeitsförderung - Analyse der Intervention "Sprachticket"](#)

[Supervision als Unterstützungsmöglichkeit für KindergartenpädagogInnen](#)

[Tempusgebrauch in kindlichen Narrativen](#)

[Frühkindliche Bildung in der Elementarpädagogik -. Eine qualitative Studie zum Übergang Kindergarten Volksschule im Kontext des Modellprojekts KLiK \(Kreatives Lernen im Kindergarten\) in St. Veit/Glan](#)

PRESSEAUSSENDUNG

[Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor ...](#)

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN/ SYMPATHISANTEN DER PLATTFORM EDUCARE

[Zum Endbericht der Expert/innengruppe "Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe" haben beim bm:ukk/bm.w f Stellung bezogen:](#)

[Emilie Billan \(pdf, 9 KB\)](#)

[Raphaela Keller \(pdf, 15 KB\)](#)

[Jutta Böhm \(pdf, 15 KB\)](#)

[Petra Hofrichter \(pdf, 15 KB\)](#)

[Margot Linke \(pdf, 17 KB\)](#)

[Helga Hauptmann \(pdf, 17 KB\)](#)

[Kerstin Fuchs \(pdf, 17 KB\)](#)

[Brigitte Putz \(pdf, 17 KB\)](#)

[Mag. Julia Gratzel \(pdf, 17 KB\)](#)

[Johannes-Maria Lex \(pdf, 40 KB\)](#)

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

[Deutschland: Tageseltern für Kinderbetreuung immer beliebter](#)

VERWALTUNGSREFORM

["Quer durch abgeräumt, ohne Effizienz zu erhöhen" - Die Regierung dreht im Budget 2011 an vielen Steuerschrauben gleichzeitig und schummelt sich damit an großen Themen wie der Verwaltungsreform vorbei!](#)

[Budget 2011: Höhere Steuern statt Reformen - Von einer Verwaltungsreform ist keine Rede mehr.](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Vielfalt als Potential und Herausforderung: Was braucht die Bildung?](#)

SONSTIGES

[Die Dauerpubertät und ihr Ende](#)

[Großer Lebensbogen](#)

[Homer Simpson ...](#)

[... anstatt Homer](#)

[Chemisch unterstützte Potenz](#)

[Zukunftsvergessenheit](#)

[... und künstliche Befruchtung](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

Bildung bedeutet Wohlstand

Was bewirkt das aktuelle Sparpaket, das unsere Bundesregierung für Österreichs Universitäten vorsieht? Österreich wird in Sachen geistiger Innovation und internationaler Wettbewerbsfähigkeit von vielen anderen Ländern überholt werden und von derzeitigem Mittelmaß in die Bedeutungslosigkeit absinken. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wäre damit nachhaltig gefährdet. Was unsere Politiker heute an Bildung einsparen, fällt allen Österreichern morgen mit voller Wucht auf den Kopf. Also ist Sparen bei Bildung und Forschung das Unklügste, was ein Staat machen kann. Eine mit Weitblick handelnde Bundesregierung ist daher gut beraten, das Budget der österreichischen Universitäten deutlich zu erhöhen, denn „nur wer heute in Universitäten investiert, erhöht die Wirtschaftsleistung und investiert somit in die Zukunft Österreichs und sichert dadurch den Wohlstand unseres Landes“.

*Univ. Prof. Mag. Dr. Thomas Frank, Universität für Bodenkultur Wien, Department für Integrative Biologie und Biodiversitätsforschung, Institut für Zoologie, Wien
erschieden am Sa, 23.10.*

<http://www.krone.at/Nachrichten/.-Story-226891>

Dazu die Meinung der Plattform EduCare

Eine Ergänzung zu diesen treffenden Ausführungen: die Spitzen der Regierung scheinen nicht "nur" beim Geld rat- oder mutlos zu sein, statt sich gemeinsam bereit zu erklären, ohne Scheuklappen und vorgeblich ideologischen Barrieren eine Reform einzuläuten, die von der Elementarpädagogik bis zur Universität die Bildung auf komplett neue, tragfähige Säulen stellt. Wir müssen alle am gleichen Strang ziehen: wir brauchen inhaltliche und legistische Änderungen, wir brauchen auch mehr Geld!

Glawischnig bedauert Jugend

Grünen-Chefin Eva Glawischnig hat sich in ihrem Schreiben zum Nationalfeiertag ganz der Jugend angenommen. Einerseits verlangte die Bundessprecherin eine Abschaffung der Wehrpflicht, andererseits forderte sie eine Bildungsoffensive ein.

"Sanierungsbedarf hin, Budgetkonsolidierung her - in der Bildung darf nicht gespart werden, in die Bildung muss massiv investiert werden."

Derzeit werde "mit einem Belastungspaket der Sonderklasse" der Jugend eine düstere Zukunft gezeichnet: Die Bildungschancen der Kinder würden immer geringer. Vom Kindergarten über die Schulen bis zu den Universitäten seien die Österreicher mit

einschneidenden Kürzungen konfrontiert. Dagegen bedürfe es eines Schulterchlusses von Parteien und Interessensvertretungen.

In Sachen Wehrpflicht hielt die Grünen-Chefin fest, dass es aus ihrer Sicht nicht länger notwendig sei, jungen Männern am Anfang ihres Berufslebens ein halbes Jahr Zeit zu "rauben". Heute gehe es vor allem um internationale Unterstützung und Hilfe bei Katastrophen oder um polizeiliche Einsätze wie in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo: "Da kann professionelles Personal wesentlich mehr leisten als die nur sehr kurz ausgebildeten Jungmänner." Den Zivildienst sieht die Grün-Politikerin durch ein Ende der Wehrpflicht nicht gefährdet. Dieser könne auf freiwilliger Basis mit entsprechendem finanziellen Anreiz und einer Öffnung für Frauen genug Nachfrage für die Zivildienstorganisationen bringen. Lücken in der Berufslaufbahn junger Leute könnten so auch sinnvoll gefüllt werden.

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2531918/glawischnig-bedauert-jugend.story>

TOP-THEMA

Volksbegehren für Bildung kommt

Lehrer: Michael Häupl und Erwin Pröll greifen ein.

Hannes Androsch schmiedet mit Sozialpartnerhilfe jetzt intensiv am Bildungsvolksbegehren. Häupl und Pröll wollen die Wogen glätten.

Der Industrielle Hannes Androsch ist mehr als positiv überrascht über die Resonanz auf seine Drohung. Er plant ein Bildungsvolksbegehren, wenn die Regierung nicht rasch Reformen bei Schulen und Unis zusammenbringt.

Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung sehen das ganz ähnlich wie Androsch – und denken mittlerweile Seite an Seite mit der Grünen Eva Glawischnig laut über eine Unterstützung so einer Initiative nach.

Androsch erklärt gegenüber ÖSTERREICH: "Es kann bei der Schule nicht länger angehen, dass der Bund zahlt und die Länder machen, was sie wollen. Dazu wurden die Unis seit 20 Jahren systematisch ausgehungert. Die Bildung muss verbundlichen und nicht vergöden oder verniederösterreichern." Dazu bringt er ein Zitat von Gert Bacher: "Die Koalition der Betonierer darf nicht zur Dauerolympiade der Gartenzwerge werden."

Häupl und Pröll machen Reform zur Chefsache

Während sich für die Regierung also ein Sturm in Form eines Volksbegehrens zusammenbraut, versuchen am langen Wochenende zwei der von Androsch so kritisierten Landesfürsten, den gordischen Knoten bei der Lehrerkompetenz zu lösen.

Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll aktivieren wieder einmal dezent die dauerhafteste rot-schwarze Achse der Republik: Sie wollen abseits der Öffentlichkeit und ganz privat am Wochenende zunächst einen gemeinsamen Lehrer-Standpunkt für Wien und Niederösterreich erarbeiten.

Steht ein Deal dieses Duos, der auf Basis des von ÖSTERREICH veröffentlichten Plans von Burgenlands Hans Niessl entstehen soll, werden die beiden Länderchefs rasch ihre LH-

Kollegen einbinden. Bei deren Treffen am 24. November könnte die Länder-Linie fixiert werden – und bis Jahresende soll ein tragfähiger Pakt mit dem Bund fertig sein.

Eine „Verlängerung“ der Bildung, wie sie derzeit propagiert wird, kann in ihrer Konsequenz im Elementarbildungswesen nur als abschreckendes Beispiel gesehen werden (die Regelungen in manchen Bundesländern können aber durchaus Vorbild und Grundlage für die Erarbeitung gemeinsamer Standards „nach oben“ gesehen werden).

<http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Volksbegehren-fuer-Bildung-kommt/5401785>

Dazu die Meinung der Plattform EduCare

Eine „Verlängerung“ der Bildung, wie sie derzeit propagiert wird, kann in ihrer Konsequenz im Elementarbildungswesen nur als abschreckendes Beispiel gesehen werden (die Regelungen in manchen Bundesländern können aber durchaus Vorbild und Grundlage für die Erarbeitung gemeinsamer Standards „nach oben“ gesehen werden).

Die derzeitige Aufsplitterung in Länder-, Gemeinde- sowie wenige Bundeskompetenzen (und die damit einhergehenden verschiedenartigen Gesetze und Verordnungen) widerspricht allen Forderungen nach Kostentransparenz, ist für die Berufsgruppe, die Trägerorganisationen und insbesondere für Kinder und Eltern/Mütter/Väter immens nachteilig: sie verhindert vor allem optimale Arbeit für die anvertrauten Kinder.

Die Verantwortung des Bundes für die gleichwertige Anerkennung aller pädagogischen Berufe – somit auch für die Elementarpädagogen/innen – ist eine unabdingbare Notwendigkeit.

Das derzeit aus der Aufsplitterung nach Ländern und Gemeinden hervorgehende sehr unterschiedliche Dienst- und Besoldungsrecht macht den Beruf der ElementarpädagogInnen – auch für tertiär ausgebildete PädagogInnen - unattraktiv.

Als dringend geboten halten wir ein bundesweit gültiges (Rahmen-) Gesetz für die Qualitätssicherung der elementaren Bildungseinrichtungen. Die Plattform EduCare hat bereits vor Jahren einen [Entwurf für ein solches Gesetz](#) vorgelegt, der auch Grundlage von parlamentarischen Entschließungsanträgen von SPÖ und GRÜNEN war, von der Mehrheit jedoch in die Gremien verwiesen worden ist.

Wir fordern, dass für alle Bildungseinrichtungen - also auch die elementarpädagogischen Einrichtungen –

- ein bundesweit einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht geschaffen wird*
- sowie die Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung ausschließlich beim Bund, und zwar in einem einzigen (Bildungs-)Ministerium (derzeit fühlen sich bei den elementarpädagogischen Einrichtungen bis zu vier und mehr Ministerien berufen, hier mitzureden)*

liegt.

IHS-Chef Felderer kritisiert Machtspiele bei Schulreform

Wirtschaftsforscher für stärkere Schulautonomie, „Verlängerung“ sei nur mit „rigiden Vorgaben“ umsetzbar. Auch das IHS sieht die Schulen am besten beim Bund aufgehoben.

Ganz sicher schien sich der Chef des Instituts für Höhere Studien, Bernhard Felderer, anfangs nicht zu sein, wie hart er die Länder attackieren sollte. Schließlich ließ er es sich doch entlocken: In der Frage der Schulkompetenzen gehe es „um so einfache Sachen wie Macht“, sagt Felderer in Richtung der ÖVP-Landeshauptleute, die auf eine „Verlängerung“ der Schulverwaltung drängen. Sie widersprechen damit klar der Linie von Schulministerin Claudia Schmied (SPÖ), die die Kompetenzen beim Bund bündeln will.

Auch das IHS sieht die Schulen am besten beim Bund aufgehoben: Man kenne keine Studie, die einen Vorteil einer Verlängerung belege. Falls es dennoch dazu komme, sei dies nur unter „strikten Bedingungen“ möglich: Zusätzlich zum unerlässlichen Ausbau der Schulautonomie müssten nationale Bildungsziele vorgegeben, Sanktions- und Controllingssysteme eingerichtet sowie ein einheitliches Dienstrecht geschaffen werden, sagt Felderer. Ob die Kontrolle durch den Bund funktioniere, sei aber unklar: Bereits jetzt würden die „schwachen Vorgaben oft nicht umgesetzt“. Auch hätten die Länder (die die Schulkosten vom Bund ersetzt bekommen) „keinen Anreiz, das Geld effizient einzusetzen“.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 22.10.2010)

[http://diepresse.com/home/bildung/schule/604135/index.do?
_vl_backlink=/home/bildung/schule/index.do](http://diepresse.com/home/bildung/schule/604135/index.do?_vl_backlink=/home/bildung/schule/index.do)

ZUR DISKUSSION

Strukturreform statt Mosaiksteinchen - Wifo-Expertin zu den Budgetverhandlungen

Seit Monaten wartet die Öffentlichkeit auf Konkretes. Seit Monaten mahnen die Fachleute ein Handeln der Regierung ein. Zu den stärksten Stimmen darunter gehört Margit Schratzenstaller, die Budget-Expertin des Wirtschaftsforschungs-Instituts Wifo. Sie wünscht sich kohärente Gesamtstrategien statt unkoordinierter Einzelmaßnahmen.

Gelingt nachhaltige Sanierung?

Einige der geplanten Maßnahmen, die von den Budgetverhandlungen im steirischen Loipersdorf durchgedrungen sind, klingen durchaus sinnvoll, glaubt Margit Schratzenstaller. Die beiden Kernfrage seien jedoch: Gelingen große Strukturmaßnahmen, die das Budget nachhaltig sanieren können? Sprich: die großen Ineffizienzen im öffentlichen Sektor beseitigen.

Und: Schafft man es trotz Sparmaßnahmen, wichtige Investitionen in Zukunftssektoren zu tätigen? Hier nennt die Wifo-Expertin vor allem Bildung, Wissenschaft, Umweltschutz und Kinderbetreuung.

Ohne Länder geht gar nichts

Nachdem bei der Regierungsklausur die Länder nicht dabei waren, werden zahlreiche

Baustellen aber zwangsläufig offen bleiben. Gerade in den Bereichen Gesundheit, Schulen, Verwaltung könne man keine tiefgreifenden Reformen durchführen, ohne die Bundesländer mit ins Boot zu holen, betont Schratzenstaller. Und das könne mittel- und langfristig gravierende finanzielle Folgen haben. Alleine im Spitalsbereich gebe es ein Einsparungspotential von zwei bis drei Milliarden Euro pro Jahr.

Strukturreform bei Pensionen

Die Einigung zum Thema Hacklerpension begrüßt die Wifo-Expertin grundsätzlich: "Bei den Einschränkungen zur Hacklerregelung, die diskutiert werden, gibt man schon ein wichtiges Signal, dass man hier auch Strukturreformen angehen will". Der Zugang zur sogenannten Hacklerpension dürfte ja künftig erschwert werden. Auch eine moderate Erhöhung der Pensionen könne kurzfristig etwas bringen, langfristig brauche es aber strukturelle Änderungen. Vor allem ein höheres de facto Pensionsantrittsalter.

Mehr Geld für Kinderbetreuung

Ein wenig skeptischer ist Margit Schratzenstaller allerdings, wenn es um Einsparungen bei Familien geht. Hier wird ja diskutiert, die 13. Familienbeihilfe zu streichen. Das Einsparungspotential fürs Budget bezeichnet sie in diesem Bereich als "relativ bescheiden", schließlich koste die 13. Familienbeihilfe insgesamt nur 250 Millionen Euro.

Generell sei die Familienförderung in Österreich stark von Geldleistungen dominiert, kritisiert Schratzenstaller, während es auf der anderen Seite an Betreuungseinrichtungen für Kinder fehle. Sie plädiert dafür, die Geldleistungen einheitlicher zu gestalten und etwaige Einsparungen in Kinderbetreuung zu investieren.

Bildung statt Koralmtunnel

Die geplanten Erhöhungen bei Tabaksteuer, Mineralölsteuer und Vermögenszuwachssteuer begrüßt die Wifo-Expertin. Bedauerlich findet sie allerdings, dass über eine Anhebung der Grundsteuer offenbar nicht diskutiert wurde.

Was sie sich außerdem von der Regierung wünschen würde, wäre mehr Mut zu radikalen Maßnahmen. Stichwort: Koralmtunnel. Dessen volkswirtschaftlicher Nutzen sei ihrer Meinung nach mehr als fragwürdig: "Die acht Milliarden Euro, die er mindestens noch kosten wird, die könnten wesentlich sinnvoller eingesetzt werden. Und zwar in jene Bereich, wo bald das Geld so knapp wird, dass man langfristig Konsequenzen für den Wohlstand Österreichs zu befürchten hat: nämlich Bildung, Wissenschaft und Kinderbetreuung."

➔ "Mehr Mut zu radikalen Maßnahmen"

[Audio als mp3](#)

[Externer Player](#)

Wifo-Expertin Margit Schratzenstaller im Gespräch mit Peter Daser.

<http://oe1.orf.at/artikel/260451>

"DER STANDARD"-Kommentar: "Schere an der falschen Stelle" von Gerald John

Utl.: Die Regierung erhöht vernünftig Steuern, verschläft aber dringende

Investitionen - Ausgabe vom 25.10.2010 =

Wien (OTS) - Die Koalition hatte das Volk weichgeklopft. Die ÖVP bereitete die Wähler auf ein Sparpaket vor, die SPÖ auf höhere Steuern - und die Krise sorgte für die nötige Dramatik. Beste Voraussetzungen also, um einmal zu klotzen statt zu kleckern. Hat die Regierung die Chance genützt? Zum Teil. Das rot-schwarze Budget ist nicht der faulste Kompromiss, den eine große Koalition jemals ausgehandelt hat. Ein Pluspunkt ist die angedeutete Wende in der Steuerpolitik. Endlich reagiert die Regierung auf den Umstand, dass Vermögen - abgesehen vom Krisenknick - ständig und stark gewachsen sind, während die Abgaben schwer auf den schwächeren Arbeitseinkommen lasten. Bankenabgabe, Aktiensteuer und Co sind ein nicht zu vernachlässigender Schritt gegen das für den Sozialstaat fatale Dogma, dass Kapital aller (Steuer-)Freiheit dieser Welt bedürfe.

Allerdings sollte man sich nicht von den Überschriften blenden lassen. Faymann rühmt sich zwar, fünf seiner acht Steuerideen durchgesetzt zu haben. Doch tatsächlich werden 2011 Massensteuern die Hälfte des Geldes in die Kasse spülen und Niedrigverdiener überdurchschnittlich belasten. Berechtigt sind höhere Abgaben auf Treibstoff oder Tabak dennoch, weil sie sich gegen umweltschädliche und andere schlechte Angewohnheiten richten. Fühlt sich der Einzelne geschröpft, kann er etwas dagegen tun.

Um eine echte umweltpolitische Revolution einzuläuten, fällt die Ökologisierung allerdings zu unentschlossen aus - typisch für dieses Budget, das ein eher eindimensionales Verständnis von Finanzpolitik offenbart. Geldbeschaffung, um das Defizit abzubauen, ist das übermächtige Ziel, das sich aus dem Zahlenwust abzeichnet. Den Anspruch, die Gesellschaft zu verändern, erhebt das Konvolut kaum. Brennende Probleme werden aufgeschoben, Investitionen verschlafen.

Im letzten Moment hat die Regierung zwar ein "Offensivpaket" zusammengeschustert, in dem unter anderem Geld für die Bildung verpackt ist. Doch gemessen an den bedrohlichen Zuständen an Unis und Schulen fällt dieses eher mickrig aus. Die 80 Millionen für den Ausbau der Ganztagschulen etwa entpuppen sich als Marketinggag: Erst hat die Regierung im Rahmenplan das Budget für die Schulen zusammengestrichen, nun gibt sie ein bisschen Geld zurück - unterm Strich bleibt ein Sparpaket.

Kein zusätzlicher Cent geht in den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung. Dabei würde höhere Frauenbeschäftigung nicht nur das Wachstum ankurbeln, sondern auch das Pensionssystem stützen; wenn schon Kürzungen bei der Familienbeihilfe, dann sollte das gesparte Geld dorthin fließen. Beschämend sind die Einschnitte bei der Pflege: Während der Ausbau des Angebots noch in den Sternen steht, wird die Schere ausgerechnet beim Pflegegeld angesetzt, auf das Jahr für Jahr mehr Alte angewiesen sind.

Um Mittel für Investitionen freizumachen, gäbe es sozial verträglichere Möglichkeiten: Die fällige Erhöhung der Grundsteuer etwa oder eine Bremse bei der Hacklerfrühpension, die stärker greift.

Und was wurde eigentlich aus der Verwaltungsreform, die laut Finanzminister das Budget sanieren sollte? Die Chancen stehen nun schlechter als zuvor. Ohne die Länder zu behelligen, hat sich die Bundesregierung die Hände schmutzig gemacht und den Abbau des Defizits auf Schiene gebracht. Wenn es jemals Reformdruck auf die Landeshauptleute gegeben hat, dann ist er jetzt verpufft.

Rückfragehinweis:

Der Standard, Tel.: (01) 531 70/445

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/449/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Caritas-Präsident Küberl warnt vor "unsozialer Treffsicherheit" - Diakonie ...

[Kathweb](#)

Ein "mutiges Budget, das Österreich fit für die Herausforderungen der Zukunft machen würde", müsste endlich eine Verwaltungsreform angehen, forderte der ...

Chalupka-Kritik am Budgetplan: Statt Reformen in der Administration, wieder nur Einsparungen bei den Menschen

Utl.: Diakonie vermisst Mut und Gestaltungswille =

Wien (OTS) - "Dass die Länder zwar Forderungen an den Bund stellen, aber nicht an Verhandlungen teilnehmen, spiegelt sich am Budgetplan wider. Zum föderalen Dickicht im Sozialbereich, insbesondere in der Pflege, bekennt sich die Regierung auch zukünftig. Somit bleibt bedürfnisgerechte Versorgung von Menschen im Alter weiterhin eine Wohnortfrage und nicht eine Frage der sozialen Verantwortung eines Staates", kommentiert Michael Chalupka, Direktor der Diakonie Österreich die Vorhaben der österreichischen Bundesregierung. "Einschnitte beim Pflegegeld sind nicht vertretbar -- schon gar nicht wenn z.B. die Administration beim Pflegegeld - laut Rechnungshof sind hier 280 Stellen zuständig - nicht endlich bereinigt wird. Das muss geklärt werden und zwar bevor bei den Menschen gespart wird!"

Strukturelle Reformen bei der Pflege, Stichwort Pflegefonds, werden bislang nicht genannt, obwohl diese dringend notwendig sind. "Die Schaffung eines Pflegefonds mit Fokus auf Ausgleich der starken regionalen Unterschiede bei Selbsthalten und Versorgungsniveaus wird nicht einmal erwähnt, obwohl Menschen mit Pflegebedarf in ihren Regionen oft kein Angebot vorfinden, und wenn Dienste verfügbar sind, sind diese nicht leistbar," so Chalupka.

Am Budget fällt auf, das gerade bei Pflegebedürftigen, Studierenden, Zivildienstleistenden und in der Entwicklungshilfe gespart wird. Das sind wohl die Bereiche in denen die Bundesregierung

den geringsten Widerstand vermutet. Ein mutiges Budget, das Österreich fit für die Herausforderungen der Zukunft machen würde, müsste die Verwaltungsreform endlich angehen, um Mittel für dringend notwendige Investitionen bei Bildung, Pflege und Kinderbetreuung frei zu machen. "Doch Mut und Gestaltungswille gehören nicht zu den Kennzeichen der Bundesregierung", so Chalupka abschließend.

Rückfragehinweis:

Mag.a Bettina Klinger/Diakonie Österreich
Leitung Kommunikation
Tel: 409 80 01-14
Mobil: 0664 / 314 93 95
E-Mail: bettina.klinger@diakonie.at
Internet: www.diakonie.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/1583/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Kritik der Opposition und aus den Ländern nachrichten.at

Statt einer Verwaltungsreform würde man sich bei den Bürgern bedienen. BZÖ-Obmann Josef Bucher kritisierte die Massensteuern und die Kürzungen der ...

Schönborn - Budget „nicht zukunftsorientiert“

Wien (APA) - Das von der Regierung vorgelegte Budget findet auch beim höchsten Kirchenvertreter des Landes, Kardinal Christoph Schönborn, keinen Anklang. Vor allem die Kürzung der Familienbeihilfe sei nicht zukunftsorientiert, sagte er im Interview mit der APA. In der Asyldebatte fordert der Wiener Erzbischof eine rechtliche Verankerung der Kinderrechte sowie ein Bleiberecht. Politische Veranstaltungen vor dem Stephansdom, wie jene der FPÖ zum Abschluss ihres Wien-Wahlkampfes, will er künftig nicht mehr sehen.

Hinter Budgetentscheidungen stehen Grundsatzfragen

„Es ist nicht Sache der Kirche, zu tagespolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Aber hinter Budgetentscheidungen stehen natürlich auch Grundsatzfragen“, begründet Schönborn seine Kritik am Sparpaket. „Und auch als Bürger stelle ich mir die Frage, ob es gut ist, wenn zum Beispiel bei den Familien gespart wird. Alle klagen darüber, dass wir zu wenig Kinder haben. Trotzdem betreffen die höchsten Budgetkürzungen die Familien.“ Zudem gebe es kein umfassendes Pflegekonzept und auch bei der Entwicklungshilfe werde gespart. Schönborn: „(Der ehemalige Papst, Anm.) Johannes Paul II. hat oft gesagt, dass die Zukunft der Gesellschaft von der Familie abhängt. So gesehen, sind die jetzt getroffenen Entscheidungen nicht zukunftsorientiert.“

Asyldebatte

In der Asyldebatte unterstützt Schönborn die Initiative „Gegen Unrecht“ der Hilfsorganisationen. „Kinder gehören nicht ins Gefängnis, wie immer ihre ‚Papiere‘ aussehen

mögen. Es ist gut, dass die Komani-Zwillinge binnen weniger Tage zurückkehren konnten.“
Trotzdem sei dies kein Anlass, sich zurückzulehnen, die Unsicherheit für viele Familien von Asylwerbern mit kleinen Kindern bleibe bestehen. „Es ist inakzeptabel, wenn Familien, die voll integriert sind, die niemandem „auf der Tasche“ liegen und deren Kinder keine andere Sprache als ein österreichisch gefärbtes Deutsch können, plötzlich aus ihrem vertrauten Umfeld gerissen werden.“ Und: „Die Kinderrechtskonvention muss vollständig in der Verfassung verankert werden. Dazu sollen möglichst rasch Gespräche beginnen.“

Auch für ein Bleiberecht macht sich Schönborn stark. „Die Experten unserer Caritas sagen mir, dass die Fremdengesetzgebung mittlerweile völlig unübersichtlich und undurchschaubar geworden ist. Das sollte für die Politik Anlass sein, gründlich nachzudenken und Abhilfe zu schaffen.“ Menschen, die gut integriert sind und Jahre unbescholten in Österreich leben, sollten hier „ein echtes Bleiberecht“ erhalten. In der Ausländer-Diskussion warnte der Kardinal, zwei Aspekte nicht zu vermengen: Erstens gebe es ein Menschenrecht auf Asyl, wenn nachgewiesen werden kann, dass der Asylwerber in seinem Heimatland Verfolgung ausgesetzt wäre. „Rasche, faire Asylverfahren sind hier von entscheidender Bedeutung.“ Zweitens sei es das Recht jeden Staates, die Immigration entsprechend zu regeln. „Österreich hat hier einen großen Nachholbedarf. Wir brauchen eine gute Immigrationspolitik.“

Stephansplatz – Zone des Respekts

Für den Wiener Stephansplatz - auf dem FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bei einer Kundgebung den Dom blau ausleuchten ließ - fordert Schönborn eine „Zone des Respekts“. „Natürlich sagen die Juristen, dass der Stephansplatz nicht der Kirche ‚gehört‘. Das ist richtig. Aber es ist im Sinn des Gemeinwohls, wenn es solche ‚Zonen des Respekts‘ gibt.“ Der Stephansdom könne von keiner politischen Gruppierung mit Beschlag belegt werden - „er ist das Herz der Stadt und das Herz Österreichs. Das muss auch darin zum Ausdruck kommen, was rund um diesen Dom stattfinden kann und was nicht: Das Gemeinsame steht vor dem Trennenden. Ich denke, dass das alle verstehen werden.“

<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/Nachrichten/NachrichtenTicker/1537779-53/sch%C3%B6nborn-2---budget-nicht-zukunftsorientiert.csp>

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- &
Fortbildung an
BAKIP's

Wiener Zentrum für Elementarpädagogik – BAKIP 21: Vortragsreihe „Aspekte der Kindergartenpädagogik“

Festsaal der *bakip21* | jeweils von 18.00 - 19.30 Uhr
Dauerkarte für alle Vorträge: € 10.-, Einzelvortrag € 3.- (Abendkassa)

1. Vortrag am Dienstag, 16. 11. 2010 | Aspekte des Kinderschutzes

Michael Gaudriot

Psychotherapeut i. A. u. S. (ESP); Psychotherapeut und Präventionsbeauftragter des Kinderschutzzentrums "die möwe";
Fachreferent der PH Niederösterreich.

„Wo ist die Grenze zwischen Doktorspielen und sexuellen Übergriffen? An wen kann ich mich wenden, und an wen soll ich mich wenden, wenn ich sexuell auffälliges Verhalten bei Kindern beobachte? Was sind Anzeichen für sexuellen Missbrauch an Kindern und wie sieht ein fachlich richtiges Vorgehen aus?“

2. Vortrag am Donnerstag, 25. 11. 2010 | Waldkindergarten

Maria Mittermaier

Dipl. Kindergarten- und Hortpädagogin, zertifizierte Waldpädagogin, Kräuterlehrling, dipl. Montessoripädagogin (Kinderhaus und Schule), Initiatorin und pädagogische Leitung der Waldkindergruppe „Waldfüchse“.

„Wenn die Waldfüchse vom Wald-Kinder-Garten Münichsthal (im Weinviertel) in ihren Wald gehen, dann sind Reh-, Hasen- und Fuchsspuren alltägliche Entdeckungen. Die drei- bis sechsjährigen Kinder erleben die Natur hautnah - nicht über den Bildschirm. In ihrem eigenen Tempo unterwegs, ist für sie der freie Raum ohne Türen eine Oase der Ruhe, Kreativität, Phantasie und viel Raum für Bewegungsmöglichkeiten. Durch das Spielen in der Natur werden Primärerfahrungen und ganzheitliche Erfahrungen mit allen Sinnen möglich. Die Selbsteinschätzung und Selbstkompetenz wird gestärkt, da sich die Kinder als Urheber ihrer eigenen Handlungen und deren Konsequenzen erfahren. Pädagogischer Grundgedanke: „Sag es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde mich erinnern. Lass es mich selbst tun, und ich werde es verstehen“ (Konfuzius).“

3. Vortrag am Donnerstag, 16. 12. 2010 | Logopädagogik

Susanne Dissauer

Sinnzentrierte Lebens- und Sozialberaterin nach Viktor Frankl. Volksschullehrerin, Dipl. Lebens- und Sozialberaterin, Logotherapie/ Logopädagogik; dzt. Studium der Psychosozialen Beratung an der Donauuniversität Krems. Mitarbeiterin am Viktor-Frankl-Zentrum in Wien.

„Das Menschenbild Viktor Frankls als hilfreiche Grundlage für pädagogisches Handeln: In diesem Vortrag möchte ich Frankls Menschenbild vorstellen und anhand einiger Beispiele zeigen, wie es helfen kann, sinnorientiert aus der Opferrolle der Umstände in die Rolle des Gestalters der Situation zu wechseln. Dies ist besonders hilfreich, um Kindern schon sehr früh ihren eigenen Handlungsspielraum bewusst zu machen und sie zu verantwortlichem Handeln anzuleiten. Dieses Menschenbild fördert gleichzeitig die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, die für eine gesunde Entwicklung und nachhaltige Freude am Lernen so wichtig ist.“

4. Vortrag am Mittwoch, 20. 1. 2011 | Mobile Frühförderung und Familienbegleitung

Mag^a Vera Jandrisits

Studium der Pädagogik und Heil- und Sonderpädagogik; Universitätslehrgang: Mobile Frühförderung und Familienbegleitung; Masterlehrgang: Psychoanalytisch- pädagogische Erziehungsberatung.
Mobile Frühförderin und Familienbegleiterin und psychoanalytisch- pädagogische

Erziehungsberaterin.

„Mobile Frühförderung und Familienbegleitung hat das Ziel, Familien mit entwicklungsbeeinträchtigten Kindern möglichst umfassend zu unterstützen. Das Konzept (das im Vortrag vorgestellt wird) ist gekennzeichnet durch zwei Schwerpunkte: Familienbegleitung und Entwicklungsförderung. Das Angebot richtet sich an die ganze Familie und soll allen Familienmitgliedern zu einer höheren Lebensqualität bzw. Handlungs- und Erlebnisfähigkeit verhelfen. Eine wichtige weiterführende Institution stellt der Kindergarten im Sinne einer pädagogischen Weiterführung, aber auch im Sinne der Integration dar. Zusammenarbeit von Familie, Kindergarten und Frühförderung ist möglich und wünschenswert.“

5. Vortrag am Dienstag, 15. 2. 2011 | Der Blick der Kinderpsychologin auf die Kindergartenpädagogik

Mag^a Barabara Wallner

Klinische Psychologin und Gesundheitspsychologin; Kindergarten- und Hortpädagogin; Klinische Psychologin in freier Praxis sowie an der Kinderabteilung im Landeskrankenhaus M_odling.

„In Österreich können Kinder auf einem sehr hohen Niveau medizinisch versorgt werden. (Kinder-) Ärzte/Ärztinnen behandeln und begleiten Kinder mit akuten und chronischen Erkrankungen und erfüllen präventive Aufgaben (Information, Aufklärungsarbeit, Beratungen...). Ein besonderes Anliegen sind die Mutter-Kind-Pass Untersuchungen. Neben der körperlichen Untersuchung wird dabei ein Augenmerk auf den Entwicklungsstand des Kindes gelegt. Entspricht die neurologische und motorische Entwicklung des Kindes seinem Alter? Wie ist seine sprachliche Entwicklung und Fähigkeit, wie seine soziale Kompetenz? Da der Kinderarzt bzw. die Kinderärztin das Kind immer nur für eine kurze Zeit wahrnehmen kann ist er/sie dabei auf die Beobachtungen der Eltern und der Kindergartenpädagoginnen angewiesen. Der Einführungsvortrag und das anschließende Gespräch sollen zu einer Vernetzung dieser beiden Berufsgruppen beitragen.“

Für die Organisation

[Elisabeth Grois](mailto:elisabeth.grois@wien.gv.at) | elisabeth.grois@wien.gv.at

[Nadja Simader-Hunek](mailto:nadja.simader-hunek@wien.gv.at) | nadja.simader-hunek@wien.gv.at

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

➔
Elementarpädagogische
Datenbank

Reden wir über Bildung! Am besten auf Deutsch - Mangelnde Sprachkenntnisse sind zuallererst einmal ein soziales Problem.

Der unbeholfene Versuch Christine Mareks, der blauen „Angstpolitik“ etwas entgegenzusetzen, endete im Desaster und in einem Allzeittief der Wiener-Stadt-Schwarzen. Doch nicht nur die ÖVP, auch Rot und Grün haben verloren. Haben „wir“ uns zu lange davor gescheut, die durch Zuwanderung entstandenen Probleme zur Kenntnis zu

nehmen und damit den Rechten in die Hände gespielt? Stimmt die These, die etablierte Politik habe Integrationsverweigerer toleriert?

„Das ist eine Lüge“, antwortete Karl Markus Gauß in der „Zeit“: „Wahr ist vielmehr, dass wir sie nicht verleugnet haben, sondern, zu unserem Schaden, von ihnen besessen sind, seit vielen Jahren.“

Besessenheit tut selten gut, speziell in der Politik. Alle Parteien betonen, Bildung und die Beherrschung der deutschen Sprache seien entscheidende Faktoren der Integration. Doch Sprachstandsfeststellungen zufolge hat jedes vierte Kind in Österreich vor Schuleintritt sprachlichen Förderbedarf. Betroffen sind vor allem Kinder mit Deutsch als Zweitsprache. Etwa ein Drittel aber hat Deutsch als Muttersprache. Es ist also auch, aber eben nicht nur ein Problem der Zuwanderung – ganz sicher ist es ein soziales Problem. Betroffen sind somit auch die Kinder und Enkel der Strache-Fans.

Kompensierte Erziehungsdefizite

Die Eltern dieser Kinder sind vielfach überfordert und versuchen häufig, offenkundige Erziehungsdefizite mit Geld zu kompensieren. Der deutsche Jugendforscher Klaus Hurrelmann hat festgestellt, dass gerade für Kinder aus finanziell schlecht gestellten Familien überdurchschnittlich viel Geld für Spielkonsolen, Gameboys etc. ausgegeben wird. Diese Kinder sitzen auch deutlich länger vor dem Fernsehapparat – und sprechen durchschnittlich deutlich weniger als ihre Altersgenossen in bessergestellten Familien. Das alles verstärkt die Spracharmut dieser Kinder – egal, ob sie Deutsch als Erst- oder als Zweitsprache haben.

Was kann und muss der Staat tun? Aufgabe der österreichischen Schule muss es sein, allen diesen Kindern zu helfen. Einerlei, ob es Kinder aus „sozialen Problembezirken“ mit deutscher Muttersprache sind oder mit türkischer – ihnen allen muss die möglichst perfekte Erlernung der Unterrichtssprache ermöglicht werden.

Förderung lange vor Schuleintritt

Das ist möglich. Intelligenz und Sprachkompetenz sind nicht naturgegeben, sondern sehr stark das Ergebnis von Umwelteinflüssen. Der amerikanische Forscher Eric Turkheimer ließ Kinder ab einem Alter von sechs Wochen tagsüber in einer Kinderkrippe besonders fördern. Nach drei Jahren lag deren Intelligenzquotient signifikant höher (um 13 Punkte) als bei vergleichbaren Kindern ohne Förderung. Nach den ersten drei Lebensjahren hat ein Kind der Mittel- und Oberschicht etwa 30 Millionen Wörter gehört, ein Kind der Unterschicht etwa 20 Millionen. Der aktive Wortschatz umfasst im ersten Fall rund 1100 Wörter, im zweiten 525 – ein Nachteil, der kaum mehr aufzuholen ist.

Es geht also um Förderung lange vor dem Schuleintritt – somit um das Recht auf einen möglichst ganztägig geführten Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr. In diesen Kindergärten brauchen wir bestausgebildete Pädagoginnen und möglichst auch Pädagogen.

Kinder lernen dann schnell und effizient, wenn sie mit Begeisterung lernen. Wir müssen also wegkommen von der alten Paukermentalität, weg vom Kindergarten als Bewahrungsanstalt. Das wird Geld kosten. Doch teurer als Bildung ist bekanntlich nur keine Bildung.

*Dr. Harald Walser (*18. April 1953) ist Germanist und Historiker, Direktor des Gymnasiums Feldkirch und Bildungssprecher der Grünen.*

E-Mails an: debatte@diepresse.com

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/604208/index.do>

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWf Homepage

Alle Informationen des [bm:ukk](#) und des [bm.w_f](#) zur PädagogInnen-Ausbildung NEU

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen:

Jugendarbeit in burgenländischen Gemeinden

[Österreich Journal](#)

Mit der vorliegenden Umfrage soll nun ein Gesamtüberblick über die Jugendarbeit außerhalb der Schulen, der Jugendwohlfahrt und der Vereine ermöglicht und so ...

Hirm: 430.000 Euro für Kinderbetreuung

[ORF.at](#)

Die Gemeinde Hirm baut die Kinderbetreuung aus. Insgesamt investierte die Gemeinde rund 430.000 Euro in die Baumaßnahmen, 85.400 Euro schießt das Land zu. ...

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Jugendschutz: Neues, hartes Gesetz kommt

ORF.at

Der Infokampagne soll im November ein scharfes Jugendschutzgesetz folgen. Alkopops unter 18 sollen verboten, Vandalen oder Gewalttäter mit Sozialarbeit oder ...

Kärnten verschärft Gangart gegenüber Jugendlichen

Kleine Zeitung

Das Land Kärnten will das Jugendschutzgesetz verschärfen. Der Gesetzesentwurf von Sozialreferent Ragger (FPK) sieht ua vor, dass gewalttätige Jugendliche zu ...

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Kindergarten-Qualität darf nicht von Finanzkraft der Gemeinden abhängen

Die Caritas begrüßt grundsätzlich den beitragsfreien Kindergarten und die Novellierung des oberösterreichischen Kinderbetreuungsgesetzes. Doch durch die nun verstärkte Übertragung von Verantwortlichkeiten an die Gemeinden bei gleichzeitiger Anknüpfung der Landesförderung an eine maximale Gruppengröße haben sich Probleme aufgetan.

Sie sind insbesondere dadurch entstanden, dass die neue Beitragsfreiheit bei den Eltern scheinbar zunächst einmal große Wünsche nach Betreuungsplätzen geweckt hat, jetzt aber zeichnet sich ab, dass die Anmeldungen doch nicht dem anfangs gemeldeten Bedarf entsprechen.

Verständnis für Sorgen

Ebenso wie andere Träger haben wir als Caritas aber für die kirchlichen Kindergärten aufgrund des in der ersten Phase gemeldeten Bedarfes mit hohem organisatorischem Aufwand und Zeitdruck viele neue Gruppen gegründet und Mitarbeiter aufgenommen. Davon viele auch in Teilzeit, um Randzeiten abzudecken. Wir haben daher Verständnis für

die Sorgen der Mitarbeiter dass nun möglicherweise wieder Gruppen geschlossen und Personal abgebaut werden müsste, wenn die Gemeinden die Finanzierung nicht aufbringen können.

Wir sind der Ansicht, dass diese Problematik nicht auf dem Rücken der Kindergartenpädagogen ausgetragen werden darf, die einen sehr wichtigen Dienst für unsere Gesellschaft leisten.

Entscheidend wäre nun, dass Land Oberösterreich, die Gemeinden und Einrichtungsträger konstruktiv an einer Lösung arbeiten, die eine finanzielle Ausstattung sowie eine Mindestqualität der Betreuung in den Einrichtungen sicherstellt. Als Caritas sind wir mit den zuständigen Stellen im Gespräch und bringen uns gerne ein. Klar sein muss: Es braucht gemeinsam definierte Qualitätsstandards – was denn ein Kindergarten für Eltern und Kinder leisten muss. Und die Qualität kann nicht von der Finanzkraft der Gemeinden abhängig sein.

Mathias Mühlberger, Direktor der Caritas in Oberösterreich

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/meinung/kommentar/art13612,489931>

1.000 Kinderbetreuer demonstrierten vor Linzer Landhaus

LINZ. Beschäftigte in oberösterreichischen Kinderbetreuungseinrichtungen sind Freitagnachmittag zu einer Kundgebung der Gewerkschaften und der Berufsvereinigung vor dem Linzer Landhaus aufmarschiert.

Die Teilnehmer - laut Veranstalter über 1.000, laut Schätzung der Polizei über 800 - forderten ein besseres Dienstrecht und äußerten Kritik an einer von allen vier Landtagsparteien beschlossenen Gesetzesnovelle zum kostenlosen Kindergartenbesuch.

Seit vier Jahren werde um ein Dienstrecht verhandelt, bisher ohne Ergebnis, stellten die Redner fest. Man wolle weiterhin gut arbeiten, das solle aber ordentlich honoriert werden. Qualität koste eben Geld. Krabbelstuben, Kindergärten und Horte sollten ein einziges Dienstrecht haben, ebenso die Beschäftigten bei den verschiedenen Trägern wie Gemeinden, Caritas oder Kinderfreunde.

Durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen des Landes sei zu befürchten, dass es zur Auflösung von Kindergartengruppen komme, zu Stundenkürzungen, zu Änderungen der Dienstverträge, zu Gehaltsverlust und zu Kündigungen. Wenn dies eintrete, werde die Gewerkschaft die betroffenen Kollegen beim Gang zu Arbeitsgericht unterstützen, warnten ihre Redner. Besonders erzürnt die Pädagogen, dass sie im Oktober Listen über die Frequenz des Kindergartenbesuches führen sollen. Damit seien sie angehalten, sich selbst wegzurationalisieren, lautete ihr Vorwurf, außerdem leide durch diese Bürokratie die Qualität der Kinderbetreuung.

Die zuständige Landesrätin Doris Hummer (V) empfing eine Delegation der Kundgebungsteilnehmer zu einem Gespräch. Sie stellte davor zu der Protestkundgebung fest, es gebe wie in jedem Veränderungsprozess "ganz viele Befürchtungen". Doch die Finanzierung des Gratiskindergartens sei gesichert. Das Land übernehme die Mehrkosten durch den Wegfall der Elternbeiträge. Sie verstehe die Kritik an zusätzlichem bürokratischen Aufwand wegen der Aufzeichnungspflicht in einem Referenzmonat nicht, weil sie nur einen Monat dauere. Sie sei aber notwendig, um Transparenz zu erhalten.

Hummer zitierte einen Fall, in dem drei Kindern zwei Betreuerinnen und eine Helferin gegenüberstünden. Sie sei auch ohne Kundgebung seit der Übernahme der Zuständigkeit ständig mit den Vertretern der Kindergärten-Pädagogen im Gespräch. Im Vorfeld der Veranstaltung sei von Betriebsräten in Unternehmen mit Unwahrheiten Angst bei den Eltern geschürt worden, das sei nicht in Ordnung.

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/landespolitik/art383,490793>

Mehr zum Thema

- [Geballter Kindergarten-Protest in Linz](#)
- [Geballter Protest der Kinderbetreuer vor dem Landhaus](#)
- [Kindergarten-Angebot: Land nimmt Gemeinden in die Pflicht](#)
- [Kindergarten probt den Aufstand: Protest-Resolution gegen Bürokratie](#)
- [Aufbegehren](#)
- [Kindergärten: Protestdemo](#)
- [Kein Abgehen vom Gratis-Kindergarten](#)
- [Kindergärten: Ärger über Bürokratie, FPÖ stellt Gratis-Besuch in Frage](#)
- [Auch auf Hummer wartet Ärger mit den Kindergärten](#)
- [„Rekord“ bei Kinderbetreuung](#)
- [Kinderbetreuung: Vier Jahre Experimentieren und Reparieren](#)
- [„Weniger Bedarf als angemeldet!“](#)
- [Mussten Kindergärtnerinnen durch Eltern von Teilschließung erfahren?](#)
- [Zu wenig Personal in Kindergärten: Honorarkräfte sollen helfen](#)

Aufstand der Kindergärtnerinnen: "Haben Reden satt"

Die Kindergartenpädagoginnen protestieren in Linz gegen die Gesetzesnovelle zum oberösterreichischen Kinderbetreuungsgesetz. Sie befürchten Finanzierungsprobleme, kürzere Öffnungszeiten und Qualitätsverlust.

LINZ. „So schlecht, wie es heute ist, war es noch nie“, sagt eine Pädagogin des Vereinskindergartens Perg in Oberösterreich zur „Presse“. Sie hört dem Gewerkschaftsvertreter zu, der auf einem zur Bühne umgebauten Anhänger steht und ins Mikrofon brüllt: „Die Politiker haben heute nichts zu reden, heute reden wir!“ Geredet wird viel an diesem Freitagnachmittag: vor allem über die Gesetzesnovelle zum oberösterreichischen Kinderbetreuungsgesetz, einstimmig im Landtag beschlossen, und Ziel heftiger Kritik aus der Praxis.

Einige der 800 Hortbetreuerinnen, Kindergärtnerinnen und Hilfskräfte, die sich vor dem Linzer Landhaus zur Protestaktion gegen das neue Kinderbetreuungsgesetz versammelt haben, reißen die Arme nach oben und applaudieren, viele pfeifen, einige nicken nur stumm zu dem, was aus dem Lautsprecher dringt. „Das Geld, das für den Gratiskindergarten ausgegeben wurde, fehlt. Und ausgetragen wird es auf unserem Rücken“, sagt die Kindergärtnerin aus Perg.

„Und auf dem der Kinder. Der Gratiskindergarten für alle bedeutet weniger Stunden und weniger Personal für größere Gruppen. Die Zeit für pädagogische Arbeit wird immer knapper“, sagt ihre Kollegin: „Dabei hat eine Umfrage unter den Eltern in unserer Einrichtung ergeben, dass 85 Prozent gern bereit wären, einen Beitrag zu leisten.“ Sie ist 49 Jahre alt, 25 Dienstjahre liegen hinter ihr, aber ein „so starres, unflexibles, bürokratisches System wie dieses“ habe sie noch nie erlebt. Man müsse nun sogar dokumentieren, wann die Kinder abgegeben und wann sie wieder abgeholt werden, um die nötigen Kapazitäten in den sogenannten Randstunden zu eruieren. Für weniger als zehn Kinder werden die

Förderungen zu diesen frühen bzw. späten Zeiten gestrichen.

Auf den Transparenten, die unter der Kastanienallee an der Linzer Promenade über die Köpfe der Demonstranten ragen, stehen Sprüche wie, „Bildung steht am Papier, Umsetzung fordern wir“ oder „Weniger Stunden = weniger Qualität“. Es ist so warm wie an kaum einem anderen Tag der vergangenen Woche, die Demonstranten, vor allem Frauen, tragen Sonnenbrillen, auffällig viele Polizisten in neongelben Jacken beobachten die Szenerie. Gekommen ist auch jene Frau, an der sich der Zorn der Pädagogen entlädt: Landesrätin Doris Hummer (VP), die die Kinderbetreuungsagenden allerdings erst vor wenigen Wochen übernahm: „Sie ist um eine Lösung bemüht“, sagt ihr Büroleiter Gerald Silberhumer.

„Immer wieder vertröstet man uns. Das Irgendwie-darüber-Reden haben wir endgültig und vollkommen so was von satt“, sagt indes Gottfried Zeiner, Vorsitzender der Berufsgruppe der Pädagogen in Kindergärten und Horten. In den nächsten sechs Monaten erwarte er „eindeutige Signale“. Ansonsten „könnte es notwendig werden, gewerkschaftliche Mittel zu ergreifen“. Derzeit will der Pädagoge das Wort Streik nicht in den Mund nehmen: „Aber wir fordern, dass sie die Strukturen und Rahmenbedingungen schafft, damit wir unsere Arbeit in der gebotenen Qualität erledigen können.“

("Die Presse", Print-Ausgabe, 23.10.2010)

[http://diepresse.com/home/bildung/erziehung/604572/index.do?
_vl_backlink=/home/bildung/erziehung/index.do](http://diepresse.com/home/bildung/erziehung/604572/index.do?_vl_backlink=/home/bildung/erziehung/index.do)

Protestaktion der Kindergartenpädagoginnen

[ORF.at](#)

Immer mehr Bürokratie und immer weniger Zeit für die Kinder - so sehen die Kindergartenpädagogen das Kinderbetreuungsgesetz. ...

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Ein Rucksack voll mit Deutsch

[derStandard.at](#)

Das "Rucksack"-System ist einfach: Kindergartenpädagoginnen und ausgewählte Mütter - sogenannte "Stadtteilmütter" - erarbeiten Lern- und Spielaufgaben. ...

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Den Kindergärten droht das Personal auszugehen

Der Mangel macht sich bereits bemerkbar. Die Gründe: zu wenig Gehalt und Ansehen, keine Hochschulausbildung - und dazu eine Pensionierungswelle.

GRAZ. Zusätzliches Geld für den Ausbau der vorschulischen Kinderbetreuung ist im neuen Budget nicht vorgesehen. Dabei gibt es vor allem bei den unter Dreijährigen längst mehr Bedarf als Plätze. Dem nicht genug, tut sich ein weiteres Problem auf: Österreich gehen die Kindergartenpädagoginnen - noch immer in den allermeisten Fällen Frauen - aus.

"Oft werden Pädagoginnen durch Betreuerinnen ersetzt", erzählt eine Mutter. Eine Hilfskraft, die statt einer ausgebildeten Kindergartenpädagogin bis zu einer Woche lang eine ganze Gruppe betreut, sei kein Einzelfall. Tatsächlich ist das im Gesetz sogar ausdrücklich erlaubt - dann nämlich, wenn eine Pädagogin krank wird und so schnell keine Vertretung gefunden werden kann.

Doch das ist in der Praxis oft gar nicht möglich. "Wir brauchen dringend einen Pool mit Springerinnen", sagt Brigitte Ruprecht, steirische Vorsitzende des Dachverbandes der Kindergarten- und Hortpädagoginnen. Es gibt zwar Personalleasingfirmen für diesen Bereich. Dennoch ist auf die Schnelle oft nichts zu machen.

Doch nicht nur Vertretungen zu organisieren, ist schwierig. "Auch Pädagoginnen anzustellen, ist oft ein Problem", sagt Ruprecht. Denn wie bei den Lehrern gibt es in den nächsten Jahren eine Pensionierungswelle. Zudem entscheiden sich nicht mehr genügend Junge dazu, diesen Beruf zu ergreifen. "Viele gehen nach der Ausbildung nicht in den Beruf, sondern beginnen ein Studium", so Ruprecht. "Das Berufsfeld muss attraktiver werden." Das bedeute bessere Bezahlung, kleinere Gruppen und eine Ausbildung auf Hochschulniveau.

"DRINGEND KindergartenpädagogInnen gesucht" steht auf der Homepage der Stadt Graz. Auf Pädagoginnen in der Ausbildung, wie etwa in Wien, zurückzugreifen, müsse man noch nicht. Aber: "Es wird schwieriger, Pädagoginnen zu kriegen", sagt Maria Radaschitz vom Amt für Jugend und Familie.

<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2531235/den-kindergaerten-droht-personal-auszugehen.story>

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Breites Miteinander für weitere Schritte in der Jugendwohlfahrt

Utl.: Weiterer Ausbau der Betreuungskapazitäten, zusätzliche Geldmittel vom Land =

Bregenz (OTS/VLK) - Fachleute von privaten Jugendwohlfahrtseinrichtungen, des Amtes der Landesregierung und der Bezirkshauptmannschaften sowie der Kinder- und Jugendanwalt haben in den letzten Wochen den Bedarf in der Jugendwohlfahrt analysiert und Lösungen für die Zukunft diskutiert. Landesrätin Greti Schmid und die Beteiligten stellten heute, Donnerstag, im Landhaus die bei diesen Gesprächen beschlossenen Maßnahmen vor.

Landesrätin Schmid zeigte sich sehr zufrieden mit der breiten konstruktiven Zusammenarbeit. Im Landesbudget 2011 werden für zusätzliche Jugendwohlfahrtsmaßnahmen 650.000 Euro vorgesehen, für den Ausbau präventiver Programme weitere 610.000 Euro. Für Schmid sind die vereinbarten Schritte "ein wichtiger Beitrag, um das hohe Niveau der Vorarlberger Jugendwohlfahrt weiter nachhaltig zu gewährleisten."

Konkret vorgesehen sind die Erweiterung der Kapazität zur Betreuung von Jugendlichen mit einem pädagogischen und rehabilitativen Betreuungsbedarf, die Einrichtung einer sozialpädagogisch betreuten Kindergruppe sowie zusätzliche Plätze zur ambulanten Intensivbetreuung von Kindern und Jugendlichen. Die Jugendwohlfahrtseinrichtungen sind aufgerufen, entsprechende Fachkonzepte so rasch wie möglich zu erarbeiten.

Weiters wurde vereinbart, die präventiven Angebote - in der Frühhilfe für Familien mit Säuglingen und Kleinkindern, in der Elternarbeit, in der Familienhilfe und bei den Tagesstrukturen - auszubauen. Auch in Kinder- und Schülerbetreuung - insbesondere mit Schwerpunkt Volksschule - wird weiter investiert. Und schließlich werden die Jugendwohlfahrtsstellen in den Bezirkshauptmannschaften personell aufgestockt.

"Äußerst zufrieden" mit dem auf breiter Basis erarbeiteten Maßnahmenpaket und der Investitionsbereitschaft des Landes ist Kinder- und Jugendanwalt Michael Rauch. Vorarlberg habe in diesem wichtigen Bereich einen Vorsprung gegenüber den anderen Bundesländern und werde diesen weiter ausbauen.

Rückfragehinweis:

Landespressestelle Vorarlberg

Tel.: 05574/511-20137, Fax: 05574/511-20190

presse@vorarlberg.at

<http://www.vorarlberg.at/presse>

Hotline: 0664/625 56 68, 625 56 67

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Bildung: Ökonom Fehr kritisiert die Regierung
ORF.at

Der renommierte Wirtschaftsforscher Ernst Fehr kritisiert im ORF-Interview, dass in Österreich zu wenig in Bildung und Forschung investiert werde. ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

Neun Gruppen verhandeln über rot-grüne Koalition

derStandard.at

Bei "Bildung, Jugend, Information und Sport" stehen sich Stadtrat Christian Oxonitsch (48) und die grüne Nationalratsabgeordnete Daniela Musiol (40) ...

Sprachförderung, nicht immer freiwillig

derStandard.at

Eine Sprachstandserhebung, die im Vorjahr in fünf Bundesländern durchgeführt wurde, hat gezeigt, dass 23 Prozent der Fünfjährigen Deutsch so schlecht ...

ELTERNBILDUNG

Famliylab: Termine für November

- ▣ [Leoben . 3. November 2010 . Stärken Sie das Selbstgefühl Ihres Kindes](#)
- ▣ [Wien . 4. November 2010 . Eltern geben Orientierung](#)
- ▣ [St. Pölten . 4. November 2010 . Klare Eltern - starke Kinder](#)
- ▣ [Wien . 9. November 2010 . Beziehungskompetenz in der Schule](#)
- ▣ [Wien . 16. November 2010 . Nein, mit einem guten Gewissen](#)
- ▣ [Wien . 17. November 2010 . Lernen für die Welt von morgen](#)
- ▣ [Wien 18. November 2010 . Mutter sein - Frau bleiben](#)
- ▣ [Wien . 17.-19. November 2010 . Teenpower Training](#)
- ▣ [Maria Enzersdorf . 18.-21. November 2010 . Achtsame Kommunikation mit Kindern - Seminar mit Lienhard Valentin](#)
- ▣ [Wien . 19. November 2010 . Die Achtung vor dem Baby](#)
- ▣ [Leoben . 24. November 2010 . Pubertät ist eine Tatsache - keine Krankheit](#)
- ▣ [Mödling . 25. November 2010 . Achtsamkeitsabend für Mütter](#)
- ▣ [Wien . 26. November 2010 . Hier bin ich - wer bist DU?](#)
- ▣ [Wien . 27. November/2. Dezember 2010 . Grenzen, Nähe und Respekt in der Familie](#)

Da die Teilnehmerzahlen begrenzt sind, ersuchen wir um baldige Anmeldung bei den SeminarleiterInnen (siehe Details) oder per Email an info@familylab.at!

Familylab besteht in Österreich seit Anfang 2008.

An die 50 SeminarleiterInnen, die von Jesper Juul und familylab ausgebildet wurden, sind derzeit in Österreich berechtigt familylab-Seminare abzuhalten. Ziel ist es, diese Zahl zu vergrößern, um noch mehr Eltern den Zugang zu den Inhalten und Werten von familylab bieten zu können.

Die SeminarleiterInnen sind kompetente, fach- und menschenkundige Personen, die daran interessiert sind, gleichwürdige Umgangsweisen, die auf der respektvollen Haltung gegenüber sich und anderen Menschen beruhen, weiterzugeben. Diese Umgangsweisen ermöglichen es Eltern in Konfliktsituationen Lösungen zu finden, die allen Beteiligten in der Familie gut tun: starke Eltern, die ihre Führungsrolle und ihre Verantwortung in der Familie wahrnehmen. Starke Eltern bedeutet starke Kinder, die ihre Eigenverantwortlichkeit entwickeln können und zu sich selbst ein gesundes Verhältnis aufbauen dürfen.

Kontakt:

familylab austria
Sonnbergstraße 45
2380 Perchtoldsdorf

E-Mail: info@familylab.at



GENDER

In der Gleichbehandlungspolitik ist noch viel zu tun - Nationalrat behandelt Frauenbericht 2010

Wien (PK) – Dass in der Frauen- und Gleichbehandlungspolitik noch einiges zu tun ist, das

bewies einmal mehr die Diskussion um den [Frauenbericht 2010](#), der sich mit der Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008 auseinandersetzt. Im Vorwort der umfangreichen Untersuchung stellt die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst Gabriele Heinisch-Hosek fest, es seien zwar wesentliche Verbesserungen für Frauen erreicht worden, dennoch sei die Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht erreicht. Noch immer verdienen Frauen für gleiche Arbeit um bis zu 18 % weniger als Männer. Der Frauenbericht sei daher ein klarer Handlungsauftrag an alle politischen EntscheidungsträgerInnen auf allen Ebenen, auch die Sozialpartner, die Wirtschaft und alle MeinungsbildnerInnen seien gefordert. Der Bericht wurde in der heutigen [Nationalratssitzung](#) mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Lob und Kritik am Frauenbericht

Abgeordnete Carmen GARTELGRUBER (F) übte scharfe Kritik am Frauenbericht. Sie warf den Autorinnen eine tendenziöse Ausrichtung vor und sprach von "böartigen Unterstellungen" gegenüber der FPÖ. Aber auch generell ist es ihrer Meinung nach schwierig, brauchbare Erkenntnisse aus dem Frauenbericht zu gewinnen. Sie vermisst etwa eine Auseinandersetzung mit dem Thema Frauenarmut.

Zur kritischen Beurteilung von Teilzeitarbeit im Bericht merkte Gartelgruber an, Frauen wollten Teilzeit arbeiten, um Familie und Beruf optimal zu verbinden. Insgesamt sei der Bericht, so die Abgeordnete, eine vergebene Chance.

Abgeordnete Gisela WURM (S) lobte den vorliegenden Bericht hingegen als umfassendes Nachschlagewerk, der sehr genau in verschiedenen Facetten die Situation der Frauen in Österreich beleuchte. Zum Thema Teilzeitarbeit hielt sie fest, man müsse hier differenzierter denken. Mütter, und zum Teil auch Väter, wollten einige Jahre Teilzeit arbeiten, um ihre Kinder zu betreuen, würden dann aber meist gerne an einen Vollzeitarbeitsplatz zurückkehren, was jedoch oft nicht möglich sei. Sie wies außerdem darauf hin, dass Teilzeit häufig auch Armut im Alter bedeute. Allgemein gab Wurm zu bedenken, dass Frauen oft unbezahlt Arbeit leisteten.

Abgeordnete Heidemarie UNTERREINER (F) sprach sich dafür aus, mehr Männer zu animieren, den Lehrerberuf zu ergreifen. Die Erziehung liege derzeit sehr stark in weiblichen Händen, Buben und Mädchen brauchten aber auch männliche Vorbilder, argumentierte sie.

Abgeordnete Dorothea SCHITTENHELM (V) konstatierte, eines zeige der Frauenbericht ganz klar auf: Österreich sei weiblich. Schließlich stünden 4,4 Millionen Frauen in Österreich 4,1 Millionen Männern gegenüber. Dennoch würden Frauen im beruflichen und gesellschaftlichen Leben immer noch benachteiligt. So sei es Tatsache, dass Frauen bei gleicher Arbeit nach wie vor um 18% weniger verdienen als Männer. Ein deutliches Plädoyer gab Schittenhelm für freiwillige Teilzeitarbeit ab, sie gab aber zu bedenken, dass Großkonzerne Frauen und Männer immer öfter in Teilzeitarbeit drängten.

Abgeordnete Anneliese KITZMÜLLER (F) führte aus, die Situation von Frauen und Alleinerzieherinnen hätte sich in den letzten Jahren verbessert, dennoch sei die Situation für Alleinerzieherinnen immer noch prekär. Familien- und Frauenpolitik seien nicht zu trennen und gehörten zusammengelegt, betonte sie. Überzeugt ist Kitzmüller davon, dass Österreich keine "Kampfemanzen" brauche.

Abgeordnete Judith SCHWENTNER (G) zeigte sich erfreut darüber, dass es nach 15 Jahren endlich wieder einen Frauenbericht gibt. Wie ein roter Faden durch den Bericht ziehen sich ihr zufolge die enormen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Österreich. Schwentner vertrat die Ansicht, dass sich die Regierung zu wenig engagiere, um die Einkommensschere zu schließen, auch der vorliegende Vorschlag zu mehr

Gehaltstransparenz läuft ihrer Meinung nach in die falsche Richtung. Stark machte sich die Abgeordnete für einen gesetzlichen Mindestlohn.

Frauenministerin Gabriele HEINISCH-HOSEK unterstrich, je mehr man über Gleichstellung spreche, desto mehr dringe es ins Bewusstsein der Bevölkerung, dass einiges nicht stimme. Der Frauenbericht zeige in vielen Bereichen Benachteiligungen von Frauen auf, umriss sie. Frauen seien zwar so gut ausgebildet wie nie zuvor, das schlage sich aber nicht in ihrer ökonomischen Situation nieder.

Verteidigt wurde von Heinisch-Hosek die vorgeschlagene Form der Gehaltstransparenz. Ihrer Ansicht nach ist es wichtig, hier erste Schritte zu setzen. Als höchst an der Zeit wertete die Ministerin außerdem die vermehrte Beteiligung von Männern an der Kinderbetreuung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werde immer noch als Frauenangelegenheit gesehen, bedauerte sie.

Abgeordnete Edith MÜHLBERGHUBER (F) ortete wenig Veränderung bei der Situation der Frauen: Die relative Einkommenssituation der Österreicherinnen habe sich nicht verbessert, denn noch immer verdienen Frauen bis zu 18 % weniger als Männer. Was den ländlichen Raum betreffe, bestehe ein wesentliches frauenpolitisches Problem im Mangel an zur Verfügung stehenden Kinderbetreuungsplätzen. Außerdem gelte es, die in der Landwirtschaft tätigen Frauen hervorzuheben, denn den österreichischen Bäuerinnen käme eine durchaus gewichtige Rolle zu. Den vorliegenden, laut Mühlberghuber ideologisch gefärbten Bericht lehnen die Freiheitlichen, die Wahlfreiheit für Frauen fordern, ab.

Auch B-Mandatarin Martina SCHENK stellte fest, dass der Bericht seltsam Ideologisches enthalte. Ihr Fazit sei, dass es in einigen Bereichen nicht mehr schlimmer kommen könne: Was die Einkommensschere betreffe, liege man im EU-Vergleich immer noch an vorletzter Stelle und die Situation der in Österreich lebenden Migrantinnen lasse die Frage aufkommen, ob man integrations- und frauenpolitisch auf dem richtigen Weg ist. Schenk hob außerdem die Leistungen der Frauen im Pflegebereich hervor: 82 % der in Pflegeberufen Tätigen und 79 % der pflegenden Angehörigen sind weiblichen Geschlechts. Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Pflege kämen damit auch Frauen zugute, meinte sie. Dass es im Gleichbehandlungsausschuss gelungen sei, einen 5-Parteien-Antrag betreffend Erhöhung des Männeranteils in pädagogischen Berufen auf die Beine zu stellen, wertete die Rednerin als positives Signal.

Abgeordnete Gabriele BINDER-MAIER (S) konnte nicht verstehen, wie man Zahlen und Daten, die zum Großteil von der Statistik Austria bereitgestellt wurden, ideologische Färbung unterstellen könne. Als große frauenpolitische Probleme bezeichnete die Mandatarin die "Beharrlichkeit der Rollenbilder" und das Auseinanderklaffen der Einkommensschere. Weitere gesellschaftliche Herausforderungen bestünden darin, Beruf und Familie besser vereinbar zu machen und Männer zur Übernahme eines größeren Anteils an der täglich anfallenden Hausarbeit zu ermutigen. Es gelte schließlich, Frauen die Möglichkeit zu geben, ihr Leben so zu leben, wie sie es möchten.

Für Abgeordnete Claudia DURCHSCHLAG (V) stand fest, dass es sich beim Frauenbericht um ein umfangreiches und gut aufbereitetes Werk handelt. Auf den Gebieten Frauengesundheit und Pflege – zwei Themen, die erstmals in den Bericht eingebunden wurden – müsse man Durchschlag zufolge aktiv werden. So sei es etwa alarmierend, dass die Zahl der Raucherinnen und damit auch der Frauen mit Lungenkarzinom gestiegen ist. Darüber hinaus litten Österreicherinnen auch häufiger an Burn-out infolge übermäßigen familiären und beruflichen Drucks. Was die Ausbildung von Frauen anbelangt, müsse man alles daran setzen, dass mehr Mädchen in die sogenannten MINT-Fächer einsteigen.

Abgeordnete Tanja WINDBÜCHLER-SOUSCHILL (G) bezeichnete die Erfassung

statistischer Daten als enorm wichtig. Diese bildeten schließlich die Grundlage für zukünftige politische Entscheidungen. Als Schlüssel für eine zukunftsweisende Frauenpolitik bezeichnete die G-Mandatarin die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsmarkt. Es bedürfe hierbei keines "Wunschkonzerts", sondern konkreter Umsetzungspolitik, hielt die Rednerin Frauenministerin Heinisch-Hosek entgegen. Bedauern äußerte Windbüchler-Souschill darüber hinaus über die Einstellung von Initiativen, die Mädchen an technische Berufe und Studien heranzuführen sollten.

B-Mandatarin Ursula HAUBNER schloss sich ihren Vorrednerinnen dahingehend an, dass die vorliegenden Daten keinen "Grund zum Jubeln" bieten. Das Thema Gleichberechtigung sei zwar in den Köpfen, aber noch lange nicht in Herzen und Taten angekommen, monierte die Rednerin. Die Bereiche Haushalt und Pflege seien nach wie vor weiblich besetzt. Gerade pflegende Frauen gelte es aber zu unterstützen, weshalb sich Haubner für einen generellen Ausbau von Tagesbetreuungsstätten für Pflegebedürftige aussprach, um weibliche Angehörige zu entlasten. Kritik am Bericht sei dahingehend angebracht, dass er "ideologische Fleißaufgaben" mache: So würden etwa im Hinblick auf das Kinderbetreuungsgeld überkommene Rollenbilder bedient, die fernab jeder Realität seien, schloss Haubner.

Abgeordnete Renate CSÖRGITS (S) bezeichnete die Erhöhung der Frauenerwerbsquote als grundsätzlich positiv. Mit einem eigenen Einkommen seien Frauen schließlich unabhängiger und auch im Alter besser abgesichert. Der Umstand, dass es zu einer starken Steigerung der Teilzeitarbeit gekommen ist, gebe aber, so Csörgits, Grund zur Beunruhigung. Viele Frauen würden nämlich in solche Beschäftigungsverhältnisse gedrängt, obgleich sie eine Vollzeitstellung suchten, gab die Rednerin zu bedenken. Für Csörgits stand außerdem fest, dass Väter stärker in die Verantwortung genommen müssen und der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen zu forcieren ist.

Das bereits mehrfach angeschnittene Problem der Einkommensschere beschäftigte auch V-Abgeordnete Gertrude AUBAUER. Die Situation sei für Arbeitnehmerinnen schwierig, doch verschärfe sich die Problematik für Frauen noch zusätzlich, wenn sie in den Ruhestand treten. Viele Österreicherinnen würden sich daher wünschen, länger im Berufsleben bleiben zu dürfen. Der Gesetzgeber sehe für erwerbstätige Frauen derzeit aber in fast allen Bereichen ein Pensionsantrittsalter von 60 Jahren vor, gab Aubauer zu bedenken: Männer würden in diesem Alter "Generaldirektoren", Frauen schicke man in den Ruhestand. Die Rednerin plädierte deshalb dafür, jene Frauen, die freiwillig länger im Erwerbsleben bleiben wollen, keine Hindernisse in den Weg zu stellen.

Abgeordneter Karl ÖLLINGER (G) appellierte an SPÖ und ÖVP, die geplante Einkommenstransparenzregelung nochmals zu überdenken. Mit der Etablierung eines Einkommenstransparenzberichts sei man noch nicht am Ziel, er könne nur ein Instrument auf einem noch langen Weg sein, stelle Öllinger fest. So wie man ihn aber bislang konzipiere, verhindere er eher Transparenz, als dass er sie herstelle, meinte der G-Abgeordnete. Auf dem Weg in Richtung Angleichung der Einkommen werde es aber sehr viel Druck und auch Transparenz brauchen, bemerkte er. Dass man heute Vormittag einem (gesetzlichen) Mindestlohn die Absage erteilt hat, sei diesbezüglich ein wenig aufmunterndes Signal. Man brauche schließlich nicht über die gläserne Decke zu sprechen, wenn der Boden unter den Füßen "wegbreche", gab der G-Mandatar zu bedenken.

Abgeordnete Andrea GESSL-RANFTL (S) erinnerte an die Diskussionen über den Frauenbericht im Ausschuss. Dass es im Zuge der Debatten gelungen ist, einen 5-Parteien-Antrag betreffend Erhöhung des Männeranteils in pädagogischen Berufen auf die Beine zu stellen, sei ein anerkennenswerter Erfolg. Wesentlich wäre es nun auch, das Image der Lehrerschaft zu verbessern, alle pädagogischen Berufe aufzuwerten und konkrete Reformmaßnahmen im Bildungsbereich umzusetzen, schloss Gessl-Ranftl.

Abgeordnete Ursula PLASSNIK (V) kam im Rahmen der Debatte auf das Thema "Frauen in bewaffneten Konflikten" zu sprechen. In der kommenden Woche jähre sich schließlich die Annahme der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zum zehnten Mal, die unter anderem vorsieht, dass Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen einzubinden sind. Friedensarbeit brauche Frauen, stand für Plassnik fest, und diese müssten aus der Opferrolle zur gesellschaftlichen Teilhabe geführt werden. Es gelte daher von Lippenbekenntnissen Abstand zu nehmen und messbare Ergebnisse für Frauen in Konflikten zu erzielen, schloss die Rednerin.

Abgeordneter Johann HELL (S) griff das Thema Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt auf. Er bekannte sich zur Einkommenstransparenz und plädierte für ein Aufbrechen traditioneller Rollenbilder. Hell berichtete in diesem Zusammenhang auch über die Öffnung des Bahnsektors als Arbeitsbereich für Frauen.

Abgeordneter Gabriel OBERNOSTERER (V) stellte fest, dass sich alle Fraktionen zur Verbesserung der Situation von Frauen bekennen. Dem Problem der Abwanderung höher qualifizierter Frauen aus dem ländlichen Raum sei mit der Schaffung entsprechender Arbeitsplätze in diesen Regionen entgegenzuwirken, zeigte er sich überzeugt. Ein Miteinander könne überdies nur funktionieren, wenn Männern und Frauen der gleiche Stellenwert beigemessen werde, schloss Obernosterer.

Abgeordneter Wolfgang ZANGER (F) stellte fest, dass Frauen, die es wollen und die Qualifikation mitbringen, jedes Amt bekleiden könnten. Die Frau allein als Wirtschaftsfaktor zu betrachten, wie es der Frauenbericht über weite Strecken tue, sei aber kritikwürdig. Nicht akzeptabel sei auch die Ungleichbehandlung von Müttern und erwerbstätigen Frauen, denn beide Gruppen seien gleich wertvoll. Kinderbetreuungsplätze müsse man, wo der Bedarf bestehe, fördern, zeigte sich Zanger überzeugt. Zu fördern gelte es aber auch jene Mütter, die ihre Kinder nicht "abschieben", sondern im eigenen Heim großziehen.

Der Frauenbericht 2010 wurde mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Die dem Bericht angeschlossene Entschließung wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Gleichbehandlung von Frauen im ländlichen Bereich

Beschlossen wurde zudem, den [Antrag](#) betreffend die Gleichstellung von Frauen und Männern im Programm Ländliche Entwicklung 2007 bis 2013, der zunächst dem Gleichbehandlungsausschuss vorlag, dem Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft zuzuweisen.

Abgeordnete Anneliese KITZMÜLLER (F) meinte, diese Vorlage hätte auch die Zustimmung ihrer Fraktion erhalten, wenn man auf ihre Vorschläge eingegangen wäre. Förderungen müssten ohne Quotenregelungen erteilt werden, alles andere wäre eine inakzeptable Knebelung. Diese Vorgangsweise sei bedenklich, denn man müsse sich fragen, was mit dieser Quote in der Landwirtschaft bezweckt werde. Zudem lehne man das Hin- und Herschieben von Anträgen wie im gegenständlichen Fall ab.

Abgeordneter Hermann LIPITSCH (S) sagte, es sei wichtig, dass gerade die Betriebsführerinnen entsprechend gefördert würden, denn auch in diesem Bereich sollten Frauen maßgeblich in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Daher unterstütze seine Fraktion die geplante Vorgangsweise.

Abgeordneter Wolfgang PIRKLHUBER (G) bezeichnete den Antrag als wirklich bedeutsam, gehe es doch um ganz wesentliche Fördermaßnahmen im ländlichen Bereich. Allerdings wäre es richtiger gewesen, diese Fragen im Gleichbehandlungsausschuss zu erörtern, denn

das entspräche der Wichtigkeit des Aspekts wie des in Rede stehenden Ausschusses. Er hoffe dessen ungeachtet, dass man auch so zu einem positiven Ergebnis kommen werde.

Abgeordnete Anna HÖLLERER (V) vertrat die Ansicht, spezifische Materien gehörten in den jeweiligen Fachausschuss, um sodann auf die bestimmende Rolle der Bäuerinnen in der Landwirtschaft hinzuweisen. Sie bräuchten adäquate Unterstützung, und genau an dieser Stelle gelte es anzusetzen, daher müsse man diese Fragen im Landwirtschaftsausschuss besprechen, gerade weil es hier um Fragen der Gleichstellung gehe.

Abgeordnete Martina SCHENK (B) kritisierte, wo die Ernsthaftigkeit dieses Antrages bleibe, wenn man ihn hin- und herschiebe. Es sei sehr schade, dass man nicht zu einem Ergebnis gekommen sei, wichtige Maßnahmen blieben so auf der Strecke, weshalb ihre Fraktion der geplanten Zuweisung an den Landwirtschaftsausschuss nicht zustimme.

Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit dem Landwirtschaftsausschuss zugewiesen.

Einkommensschere – soll sich Regierung in Sozialpartnerschaft einmischen?

Keine Mehrheit hingegen fand der [FPÖ-Antrag](#) betreffen die Aufnahme von Verhandlungen mit den Sozialpartnern hinsichtlich der Verbesserung der Einkommenssituation von Frauen.

Abgeordnete Carmen GARTELGRUBER (F) wies darauf hin, dass Frauen bei Kollektivverträgen zumeist einen gravierenden Nachteil hätten, da Karenzzeiten meist nicht in die Vordienstzeiten eingerechnet würden. Gerade Menschen, die sich um unsere Kinder kümmern, sollten nicht benachteiligt werden, weshalb eine entsprechende Änderung dieser Regelung anzustreben sei. Die Vorstellungen der FPÖ würden wirkliche Verbesserungen für Österreichs Frauen bringen, zeigte sich die Rednerin überzeugt.

Abgeordneter Franz RIEPL (S) erklärte, alle wollten eine Verbesserung der Einkommenssituation der Frauen, doch glaube seine Fraktion, dass es nicht zielführend sei, wenn sich die Regierung aktiv in die Sozialpartnerschaft einmische. Zudem gebe es in vielen Bereichen diese Berücksichtigung der Karenzzeiten schon, in den anderen Branchen werde dies innert der Sozialpartnerschaft zu regeln sein. Abschließend betonte der Redner die Wichtigkeit der Existenz von Betriebsräten, denn die Einkommenssituation sei dort generell besser, wo es Betriebsräte gibt.

Abgeordnete Tanja WINDBÜCHLER-SOUSCHILL (G) sagte, Gender-Mainstreaming wäre bei den Kollektivverträgen von enormer Wichtigkeit, würde dieses doch zur Eliminierung von Diskriminierungen beitragen. Ihre Fraktion werde dem Antrag der FPÖ daher zustimmen, auch wenn dieser nur einen kleinen Schritt in die richtige Richtung bedeute.

Abgeordnete Dorothea SCHITTENHELM (V) erklärte, Frauenpolitik werde hier im Parlament und nicht in den Gewerkschaften gemacht. Man dürfe so wichtige Fragen nicht auf einen Aspekt von Gehaltsverhandlungen reduzieren. Die Rednerin zeigte Verständnis für das Ansinnen der Antragstellerin, doch greife der Ansatz dieses Antrags zu kurz, man brauche einen generelleren Zugang zu dieser Problematik, um zu einer wirklich zufriedenstellenden Lösung zu kommen. Man solle daher der Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes eine Chance geben, sagte sie.

Abgeordnete Ursula HAUBNER (B) meinte, der vorliegende Antrag der FPÖ zeige ein wichtiges Problem auf, denn in der Realität gebe es immer noch viele Barrieren, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereitelten. Daher müsse man neue Wege beschreiten, um zu einer zufriedenstellenden Lösung zu kommen. In diesem Sinne brachte die Rednerin einen Entschließungsantrag ein.

Der F-Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, ebenso der Entschließungsantrag des BZÖ.
(Fortsetzung Nationalrat)

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2010/PK0805/index.shtml

➔ Text Frauenbericht 2010

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/III/III_00174/imfname_194651.pdf

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

Inklusion könnte allen gut tun.

kobinet-nachrichten -

Berlin (kobinet) Der Inklusionsforscher Andreas Hinz ist der Überzeugung, dass Inklusion allen gut tun könnte. Dies brachte er kürzlich in einem ...

KINDERGARTEN

Interview Mitterlehner: "Budget, bei dem es keine Sieger und Besiegte gibt"

Die ÖVP muss Steuern akzeptieren. Warum er trotzdem zufrieden ist, erklärt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner

Die ÖVP muss Steuern akzeptieren. Warum er trotzdem zufrieden ist, erklärt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner im Gespräch mit **Gerald John**.

STANDARD: Trägt dieses Budget eine schwarze Handschrift?

Mitterlehner: Es trägt vor allem eine solide Handschrift. Der Konsolidierungspfad wird erfüllt, und dennoch haben wir Kraft für Offensivmaßnahmen. Das von der ÖVP angepeilte Verhältnis zwischen Sparmaßnahmen und neuen Steuern wurde mit 60:40 präzise eingehalten. Es handelt sich um ein gemeinsames Budget, bei dem es keine Sieger und Besiegte gibt.

STANDARD: Viele der neuen Steuern waren der ÖVP vor nicht allzu langer Zeit aber noch ein Graus.

Mitterlehner: Die ÖVP wollte zu erst über das Sparen reden und dann über neue Steuern. Die Begeisterung hält sich über so manches in Grenzen. Aber in einer Koalition gibt es immer nur die Möglichkeit, einen Kompromiss zu erzielen - und der diesmalige ist ausgewogen. Alle werden etwas jammern. Ich wäre beunruhigt, wenn eine Gruppe besonders zufrieden wäre.

STANDARD: Die Hackler-Frühpension wird, anders als die ÖVP wollte, nicht abgeschafft, sondern nur eingeschränkt. Ist das nicht zu wenig, um das Pensionsalter entscheidend zu

heben?

Mitterlehner: Das ist eine mehr als solide Lösung. Wenn wir alles beim Alten belassen würden, bräuchte die Hacklerregelung zwischen 2014 und 2018 Mehrkosten von 4,8 Milliarden Euro - nun, wo das Antrittsalter mit einem Sprung auf 62 angehoben wird, werden es nur 280 Millionen Euro sein. Das ist durch die Einschränkung der Anrechnung der Ersatzzeiten de facto eine Abschaffung. Und: Die neue Regelung ist kein Dauerrecht, es kann und wird weitere Reformen geben.

STANDARD: Die Kürzungen bei der Familienbeihilfe werden ein harter Schlag für ärmere Familien sein.

Mitterlehner: Nicht, wenn man die Situation mit dem Stand von 2008, also vor der Krise, vergleicht. Auch nach den Kürzungen werden wir noch über dem damaligen Niveau liegen. Wir wollten aber nicht die Liquidität einschränken und linear kürzen, das wäre fad und instinktlos. So wird die 13. Familienbeihilfe auf ein Schulstartgeld reduziert. Im Gegenzug schaffen wir den Selbstbehalt bei den Schulbüchern ab. Das entlastet Familien um zehn Millionen.

STANDARD: Wieder einmal aufgeschoben sind hingegen nötige Investitionen in die Kinderbetreuung.

Mitterlehner: Mein Ministerium hat um 28 Millionen mehr gespart, als es müsste. Ich habe die Absicht, einen Teil dieses Geldes für Kinderbetreuung zu verwenden. Aber das muss erst verhandelt werden.

STANDARD: Überhaupt ist das Volumen der Offensivmaßnahmen eher bescheiden. Verschläft die Regierung nicht wichtige Investitionen?

Mitterlehner: In meinem Bereich werden viermal 100 Millionen für die thermische Sanierung ausgegeben. Das ist mehr, als wir jemals hatten. Auch die Anhebung der Forschungsprämie um 100 Millionen ist ein gelungener Schritt. Natürlich wäre mir lieber, wir könnten den Familienbereich so belassen. Aber der Auftrag war nun einmal, zu konsolidieren. (Gerald John, DER STANDARD,

REINHOLD MITTERLEHNER (54), ÖVP, ist zuständig für Wirtschaft und Familie.

<http://derstandard.at/1287099893839/Interview-Mitterlehner-Budget-bei-dem-es-keine-Sieger-und-Besiegte-gibt>

KINDERRECHTE

Symposium: Kinderrechte – Oft zitiert, wie gelebt? - Kinderrechte – Wunsch und Wirklichkeit

Donnerstag, 18. November 2010, 15.00 Uhr, Donau-Universität Krems, Audimax
Veranstalter: Die NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft und das
Department für Europäische Integration und Wirtschaftsrecht

der Donau-Universität Krems in Kooperation mit den Kinder & Jugend Anwaltschaften Österreichs

Vorträge

- Kinderrechte und die Verfassung, Dr.in Gerda Marx, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Wien
- Kinderrechte in der EU, Mag. Helmut Sax, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Wien
- Kinderrechte im Lauf der Zeit, Prof. Dr. Udo Jesionek, Präsident des Weißen Ringes
- Kinderrechte und Wirklichkeit, Mag. Friedrich Schuhböck, Direktor der Caritas Niederösterreich
- Kinderrechte und Kinder & Jugend Anwaltschaften, Dr. Ewald Filler, Kinder- und Jugendanwalt des Bundes

Um Antwort/Anmeldung bis 11. November 2010 wird gebeten
unter post.kija@noel.gv.at oder kornelia.schock@donau-uni.ac.at

http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/studium/euro/einladung_symposium_18112010.pdf

Glaubensvertreter vollzogen Schulterschluss für Kinderrechte

Katholiken, Protestanten, Orthodoxe, Muslime und Juden schlossen sich Initiative "Gegen Unrecht" an

Die großen Religionsgemeinschaften in Österreich haben einen Schulterschluss für die Wahrung der Kinderrechte vollzogen. Anlass dafür sind jüngste Fälle, bei denen Minderjährige Asylwerber in Schubhaft geraten sind. Vertreter der katholischen, evangelischen und orthodoxen Kirchen sowie des Islam und des Judentums bekannten sich am Donnerstag in einer Pressekonferenz zur Aktion der Plattform "Gegen Unrecht" und schlossen sich deren Forderungen an.

"Wir wollen deutlich Ja sagen zur Aktion gegen Unrecht", begründete der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker die Unterstützung. Die Forderungen, welche die Hilfsorganisationen vorgebracht hätten - es geht vor allem um die rechtliche Verankerung von Kinderrechten - seien immer Forderungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften gewesen. Der Schulterschluss sei nicht Ungewöhnliches, betonte Bünker, zuletzt habe es diesen bei der Ausarbeitung des Integrationsplans gegeben. Der evangelisch-lutherische Bischof zeigte sich zuversichtlich, dass man Gehör in der Politik finden werde: "Die Gesprächsbasis ist da."

"Das Wohl des Kindes ist vorrangig"

Der katholische Innsbrucker Diözesanbischof Manfred Scheuer, der in der Bischofskonferenz für die Caritas zuständig ist, bezog sich auf die UN-

Kinderrechtskonvention: "Das Wohl des Kindes ist vorrangig", eine Missachtung würde eine Verletzung von Völkerrecht darstellen. Daher seien getrennte Abschiebungen "zu unterlassen" und gelindere Mittel anzuwenden, etwa eine regelmäßige Meldepflicht bei den Behörden. Im Bleiberecht ortete Scheuer eine Rechtsschutzlücke, da man sich gegen Stellungnahmen der Sicherheitsdirektion nicht wehren könne. Zudem kritisierte der Bischof die "ständige Vermengung" von Asyl und Sicherheit sowie kolportierte Zahlen von untergetauchten Asylwerbern. Der Großteil handle "korrekt und operativ".

Auch die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) unterstützt "Gegen Unrecht". Fuat Sanac, Vorsitzender des Schurarates, forderte einen "geordneten Umgang" mit der Problematik. "Es ist nicht einsehbar, wenn schuldlose Kinder für die Fehler der Behörden büßen müssen." Eine Festnahme sei daher indiskutabel sowie unmenschlich und unwürdig.

Nicola Dura, Bischofsvikar der rumänisch-orthodoxen Kirche und Vorsitzender des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich, begründete sein Engagement theologisch: "Die Kinder gehören zum Reich Gottes und sind Vorbild." Allein aus diesem Grund verstehe man solche "Verletzungen", wie die Inhaftierung von Minderjährigen, nicht.

Rabbiner Schlomo Hofmeister, der für die Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG) das Wort ergriff, verwies auf die oft gepriesenen Werte des christlich-jüdischen Abendlandes, die man allerdings auch leben müsse. Er zog einen zeitgeschichtlichen Vergleich: "Deportation und Auseinanderreißen von Familien hat eine Geschichte in diesem Land und es sollte der Vergangenheit angehören."

<http://derstandard.at/1287099682749/Gegen-Unrecht-Glaubensvertreter-vollzogen-Schulterschluss-fuer-Kinderrechte>

Die Plattform EduCare ist unterstützende Organisation der Initiative

Kinder gehören nicht ins Gefängnis - unterstützen auch Sie diese Forderung

Wir bitten um Unterstützung dieser Forderungen, besonders da eine davon "Kinderrechte in die Verfassung" lautet - eine Forderung, die wir schon seit vielen Jahren vertreten.

[HIER KÖNNEN SIE UNTERSCHREIBEN](#)



KINDER gehören
NICHT ins
GEFÄNGNIS

Ein Zeichen setzen!

www.gegen-unrecht.at

[Kinderrechte: Junges Joch kritisiert Gesetzesentwurf](#)

[Kathweb](#)

Durch einen Gesetzesvorbehalt wäre es nämlich möglich, "dass das einfache Fremdenpolizeigesetz die verfassungsrechtlichen Kinderrechte einschränkt". ...

[Windbüchler-Souschill: Regierung verhindert Verhandlungen zu Kinderrechten im ...](#)

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - "So viel also zu den vollmundigen Ankündigungen der Regierungsparteien zu Kinderrechten: Der Fristsetzungsantrag der Grünen, die Kinderrechte ...

Kinderrechte gehören in die Verfassung — Katholische Kirche Vorarlberg

Die Katholische Jungschar freut sich über die Rückkehr der beiden achtjährigen Zwillingmädchen aus dem Kosovo und hofft, dass nun auch ein Umdenkprozess im ...

www.kath-kirche-vorarlberg.at/.../kinderrechte-gehoren-in-di...

NÖN Niederösterreichische Nachrichten Kinderrechte „Noch lange ...

Kinderrechte „Noch lange nicht am Ziel. Michael Landau. KINDERABSCHIEBUNG CaritasDirektor Michael Landau setzt bei seiner Aktion auf Niederösterreich ...

www.noen.at/.../Kinderrechte-bdquo-Noch-lange-nicht-am-Zi...

Österreich: Kinderrechte in die Verfassung

[Radio Vatikan](#)

Die Katholische Aktion hat alle österreichischen Parlamentarier dazu aufgerufen, Kinderrechte in der Bundesverfassung zu verankern. ...

Katholische Akton ruft Nationalrat zu Fremdenrechtsreform auf

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Die KAÖ unterstütze die Aktion "Gegen Unrecht - Kinder gehören nicht ins Gefängnis" und fordert, "dass die Kinderrechte in ihrem vollen Ausmaß in ...

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

Deutschland: Studie zu Familienplanung und Migration - BZgA und BMFSFJ stellen Studie zu Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund vor

Den Zusammenhang von Familienplanung und Migration zu untersuchen sowie den Informations- und Beratungsbedarf von Migrantinnen zu Themen wie Familienplanung und Verhütung festzustellen - das war das Ziel einer Studie, die die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) durchgeführt hat. Zentrales Ergebnis: Bildung verschiebt die Familiengründung nach hinten. Für die Studie wurden in Berlin, Stuttgart, Nürnberg und Oberhausen 1.674 Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund befragt sowie 839 deutsche Frauen im Alter von 20 bis 44 Jahren. Die Ergebnisse werden heute (Dienstag) und morgen (Mittwoch) auf der Tagung "Frauen leben - Familienplanung und Migration" der BZgA zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Berlin vorgestellt.

"Frauen mit Migrationshintergrund brauchen unsere besondere Unterstützung", sagt die **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder**. "Diese Frauen stehen oft vor einer doppelten Herausforderung: In einer für sie neuen und fremden Umgebung müssen sie sich selbst zurechtfinden und integrieren - um zugleich ihre Kinder zu erziehen und ihnen faire Chancen in dieser Gesellschaft zu ermöglichen. Hinzu kommen nicht selten sprachliche Defizite und starke patriarchalische Strukturen im

Familienkreis, die beide diese doppelte Integrationsleistung erschweren. Nötig sind daher maßgeschneiderte Angebote, um zugewanderte Frauen und ihre Partner rechtzeitig zu erreichen. Dazu gehören insbesondere auf Frauen mit Migrationshintergrund zugeschnittene Bildungsangebote.", so **Bundesfamilienministerin Kristina Schröder**.

Wie die Studienergebnisse zeigen, spielt die Schulbildung eine entscheidende Rolle. Je niedriger der Bildungsstand, desto früher heiraten Frauen und umso mehr Kinder werden geboren. Der Informationsbedarf ist ebenfalls umso größer, je geringer die Schulbildung. Dabei stehen Fragen zur Familienplanung und Verhütung, zu sexuell übertragbaren Krankheiten und Aids aber auch zu Themen wie Rechte und Pflichten von Mann und Frau in der Familie oder zum Elterngeld im Mittelpunkt. Türkische Frauen bevorzugen vor allem Ärztinnen und Ärzte, um sich zu informieren, und das am liebsten in ihrer Muttersprache. Das Internet gewinnt mit steigender Bildung an Bedeutung.

"Bildung und ausreichende Sprachkenntnisse sind das 'A und O', um Menschen mit den vorhandenen Angeboten zur Gesundheitsförderung, Familienplanung und Sexualaufklärung zu erreichen", betont **Prof. Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung**. "Das trifft auf deutsche Bürgerinnen und Bürger genauso zu wie auf Menschen aus anderen Herkunftsländern. Für Migrationsgruppen müssen die Angebote zusätzlich migrationssensibel auf die spezifischen Lebenssituationen und Einstellungen eingehen. Außerdem empfiehlt es sich, Migrantinnen ergänzend durch personalkommunikative Angebote anzusprechen." Dies sind zentrale Ansätze, die sich im Migrationskonzept der BZgA zur Sexualaufklärung und Familienplanung wiederfinden. "Auf der heute und morgen stattfindenden Expertentagung wollen wir anhand der vorliegenden Forschungsergebnisse und der Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit Migrantinnen und Migranten diskutieren, welche Beratung Migrantinnen zu Fragen der Familienplanung und Verhütung zusätzlich benötigen, wie man sie anspricht und wie man die unterschiedlichen Gruppen am besten erreicht. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass konkrete Informationen und Hilfen für Migrantinnen sowohl im Gesundheitsbereich, als auch themenübergreifend im Sozial-, Familien- und Bildungsbereich angeboten werden müssen", so **Prof. Dr. Elisabeth Pott**.

Hier die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

- 18 Prozent der weiblichen Bevölkerung in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Zwei Fünftel dieser Frauen sind zwischen 20 und 44 Jahre alt. Familienplanung und Familienbildung spielen für sie eine wichtige Rolle. Lediglich sechs Prozent der türkischen und acht Prozent der osteuropäischen Befragten über 34 Jahre sind kinderlos, bei den westdeutschen Frauen sind es 17 Prozent.
- Türkische Zuwanderinnen kommen häufig ohne Ausbildungsabschluss und mit geringen Deutschkenntnissen nach Deutschland. Demgegenüber verfügen die Osteuropäerinnen von Anfang an über eine höhere Schul- und Berufsausbildung.
- Als Verhütungsmittel wird in allen drei Herkunftsgruppen am häufigsten die Pille genommen.
- Schwangerschaftsabbrüche kommen in beiden Migrationsgruppen häufiger vor als bei deutschen Frauen. Bezogen auf jeweils 100 Frauen haben durchschnittlich 27 türkische, 48 osteuropäische und neun deutsche Frauen einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen. Unabhängig vom Herkunftsland brechen mehr Frauen mit niedriger Schulbildung eine Schwangerschaft ab als Frauen mit höheren Bildungsqualifikationen.

- Der Informations- und Beratungsbedarf ist hoch. Die Hälfte der türkischen Frauen wendet sich bei Fragen zur Familienplanung, zur Verhütung, zu sexuell übertragbaren Krankheiten oder Aids an die Ärzteschaft, vor allem an Gynäkologinnen und Gynäkologen. Dabei ist es ihnen wichtig, dass sie sich in ihrer Muttersprache informieren können. Osteuropäerinnen informieren sich ähnlich wie deutsche Frauen am liebsten über das Internet oder Informationsmaterialien. Generell gilt: mit zunehmender Bildung steigt der Stellenwert des Internets.

Weitere Informationen zur Tagung und zur Studie "Frauen leben - Familienplanung und Migration" stehen im Internet unter www.forschung.sexualaufklaerung.de.

PARLAMENT

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Steuergruppe

<http://www.Plattform-EduCare.org>

[Mitglieder des Steuerteams](mailto:Mitglieder.des.Steuerteams@Plattform-EduCare.org)

Steuerteam@Plattform-EduCare.org

„Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe“; Stellungnahmen zur Elementarpädagogik

An das Österreichische Parlament / die Damen und Herren des Unterrichtsausschusses

Dr. Walter Rosenkranz, walter.rosenkranz@parlament.gv.at

Ursula Haubner, ursula.haubner@parlament.gv.at

Werner Amon, MBA, werner.amon@parlament.gv.at

Elma Mayer, elmar.mayer@spoe.at

Dr. Harald Walser, harald.walser@gruene.at

Nikolaus Prinz, nikolaus.prinz@parlament.gv.at

Mag.^a Rosa Lohfeyer, rosa.lohfeyer@parlament.gv.at

An das Österreichische Parlament / die Damen und Herren des Wissenschaftsausschusses

Mag. Dr. Martin Graf, 3pr@parlament.gv.at

Mag.a Andrea Kunzl, andrea.kuntzl@spoe.at

Dr. Kurt Grünewald, kurt.grueneald@gruene.at

Mag.^a Katharina Cortolezzis-Schlager, katharina.cortolezzis-schlager@parlament.gv.at

Elisabeth Hakel, elisabeth.hakel@parlament.gv.at

Mag. Rainer Widmann, rainer.widmann@parlament.gv.at

Mag.a Karin Hakl, karin.hakl@parlament.gv.at

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Nationalrat!

Die Plattform EduCare und die ihr nahestehenden Personen und Institutionen beurteilen die

Einbeziehung der *Elementarpädagogik* in ein Ausbildungsmodell für *alle* pädagogischen Professionen als sehr positiv.

Ebenso positiv werden die Möglichkeit des *Quereinstiegs* aus anderen Berufen und das *Professionalisierungskontinuum*, als Basis für lebensbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gesehen.

Wir betrachten es als besonders glücklich, dass sich die Ministerinnen Schmied und Karl (bzw. davor Minister Hahn) unabhängig von ihrer jeweiligen Partei zu einem derartigen Jahrhundertprojekt einigen konnten, in das wir große Hoffnung setzen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Kindergartenpädagogik - wie die Elementarpädagogik generell - die fachlich gesehen anspruchsvollste pädagogische Tätigkeit überhaupt ist.

Die Bedingungen der pädagogischen Arbeit mit Kindern haben sich in den letzten Jahrzehnten radikal geändert, sodass die bisherigen Ausbildungsstrategien auch angesichts der vielfältigen Bemühungen der einzelnen Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik *nicht* mehr als ausreichend angesehen werden müssen.

Es ist nicht einzusehen, warum das Berufsfeld der ElementarpädagogInnen mit dem bildungshierarchisch geringwertigsten Ausbildungssystem bedient werden soll.

Dass die Grundausbildung von ElementarpädagogInnen nach wie vor auf der Sekundarebene – in der BAKIP – erfolgen soll, wie dies die ExpertInnenkommission noch vorschlägt, widerspricht allen internationalen Erfahrungen und ist für die Gleichwertigkeit der zukünftigen PädagogInnen diskriminierend. Sie ist daher, auch aus Gründen der Durchlässigkeit für den weiteren Studienverlauf – ausgenommen für eine Übergangszeit - aus unserer Sicht strikt abzulehnen!

Wir meinen, dass die BAKIP in ein Oberstufenrealgymnasium (ORG) mit sozialpädagogischem und musisch-kreativem Schwerpunkt umgewandelt werden soll. Damit würde sie zu einer vorbereitenden Schule für alle pädagogischen Berufe so wie etwa auch kaufmännische oder technische BHS nicht als Grundausbildung für ein WU/TU-Studium angesehen werden, sondern allenfalls einen leichteren/besseren Zugang zu diesen Studien bieten.

Unser Anliegen ist eine an europäischen Richtlinien ausgelegte Neu-, bzw. Umstrukturierung der Aus- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen in elementaren Bildungseinrichtungen für Kinder von 0-6 Jahren in Österreich.

Da das elementare Bildungswesen Ländersache ist, bestehen in den Bundesländern sehr unterschiedliche Berufsprofile in den elementaren Bildungseinrichtungen.

Um ein national einheitliches Bild von allen im elementaren Bildungsbereich tätigen Professionen zu erlangen, bedarf es unbedingt klar definierter *bundesweit gültiger Berufsprofile*, die in breit gefächerten Arbeitsgremien unter Einbeziehung der Betroffenen erarbeitet werden müssen.

Die *Verantwortung des Bundes* für die gleichwertige Anerkennung aller pädagogischen Berufe sehen wir als dringende Notwendigkeit.

Ebenso dringend geboten halten wir ein *bundesweit gültiges (Rahmen-)Gesetz* für die Qualitätssicherung der elementaren Bildungseinrichtungen.

Wir fordern daher, dass für alle Bildungseinrichtungen - also auch die elementarpädagogischen Einrichtungen -

- ein bundesweit *einheitliches* Dienst- und Besoldungsrecht geschaffen wird sowie

- die Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung *ausschließlich* beim Bund liegt.

Die derzeitige Aufsplitterung in Länder- und Gemeindekompetenzen (und die damit einhergehenden verschiedenartigen Gesetze und Verordnungen) widerspricht allen Forderungen nach Kostentransparenz, ist für die Berufsgruppe, die Trägerorganisationen und insbesondere für Kinder und Eltern/Mütter/Väter immens *nachteilig*: sie verhindert vor allem optimale Arbeit für die anvertrauten Kinder.

Das derzeit aus dieser Aufsplitterung hervorgehende sehr unterschiedliche Dienst -und Besoldungsrecht macht den Beruf der ElementarpädagogInnen – auch für tertiär ausgebildete PädagogInnen - unattraktiv.

Zum Endbericht der ExpertInnengruppe "Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe" sind mehrere Stellungnahmen seitens der Plattform EduCare und ihr nahestehenden Gruppierungen und Personen den zuständigen Ministerien vorgelegt worden, die wir Ihnen vorlegen möchten:

➔ [Statement der Arbeitsgruppe Elementar- und Primarpädagogik in der Steiermark](#)

➔ [Stellungnahme Univ. Innsbruck, Dr. Josef Christian Aigner](#)

➔ [Stellungnahme der Initiative Kindergartenpädagogik NEU](#)

➔ [Stellungnahme der Plattform EduCare](#)

➔ [Stellungnahme des Österreichischen Dachverbandes der Berufsgruppen von Kindergarten- und HortpädagogInnen](#)

Wir ersuchen Sie als für Unterricht und Wissenschaft besonders zuständige Abgeordnete um Einbeziehung unserer Stellungnahmen in Ihre Überlegungen .

Die Mitglieder der Plattform EduCare und der ihr nahestehenden Gruppierungen und Personen sind gerne bereit, sich in allen Bereichen konstruktiv mit ihren Erfahrungen und Visionen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Plattform EduCare
Steuerteam

Mag.^a Gabriele Bäck

Ingeborg Hartmann

Raphaëla Keller

Mag.^a Lisa Kneidinger

Mag.^a Dr.in Heidemarie Lex-Nalis

Katharina Marek-Baudisch

Christian Morawek Dagmar Petrovitsch Heidi Prammer

Gernot Rammer, MAS

Monika Riha

Mag.^a Sonja Unger

Antwort von: Harald Walser [mailto:harald.walser@gruene.at]**Gesendet:** Dienstag, 19. Oktober 2010 14:02**An:** 'DAS STEUERTEAM DER PLATTFORM EDUCARE'**Cc:** 'Georg Koenne'; 'Robert Kogler'**Betreff:** AW: "Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe"; Stellungnahmen zur Elementarpädagogik

Sehr geehrter Damen und Herren!

Vielen Dank für Ihr Mail und ihr Engagement in dieser Sache. Wie Sie den Medien sicher entnehmen konnten, unterstützen wir Ihr Anliegen voll und ganz.

Wir betonen seit längerem, dass mit der "Verbundesländerung" des Schulsystems kein Staat zu machen ist! Und auch wir fordern ein einheitliches Dienstrecht sowie eine gemeinsame und einheitliche Grundausbildung für alle PädagogInnen. Dass ein derartiger Systemwandel gute Argumente hat, zeigen Sie in Ihrem Schreiben sehr deutlich. Die Elementarpädagogik ist ein ganz wesentlicher Bereich eines modernen Bildungssystems. Das betrifft aber nicht nur die Ausbildung der PädagogInnen, sondern auch weitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Lassen Sie mich Ihnen unsere Vorschläge dazu näher bringen:

1. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige und kostenlose Kinderbetreuung für Kinder ab 1 Jahr bei gleichzeitiger Verlängerung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen. Langfristig soll dieser Rechtsanspruch ab Ende der Mutterschaftsschutzfrist bestehen.
2. Kindergartenplätze müssen kostenlos sein.
3. Individuelle Förderung in den beiden letzten Jahren vor dem Schuleintritt im Rahmen von verpflichtenden Kindergartenkernzeiten durch bestqualifizierte KindergartenpädagogInnen. Das bedeutet ein verpflichtender Kindergartenbesuch für Kinder im Alter von 4 und 5 (Einschulung mit 6) im Ausmaß von rund 12 Wochenstunden.
4. Bundeseinheitliche Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung (Bundesrahmengesetz):
Öffnungszeiten, Kosten, Raumgröße, Gruppengröße dürfen nicht von der Postleitzahl abhängen. Jedes Kind in Österreich soll gleiche Bildungschancen haben.
5. Aufwertung des Berufs der KindergartenpädagogIn. Adäquate Bezahlung auch in Folge einer reformierten Ausbildung auf Hochschulniveau.
6. Verkleinerung der Gruppengrößen in Kindergärten: 15 Kinder brauchen zwei PädagogInnen. Erst dadurch wird individuelle Förderung möglich.

Ich hoffe weiterhin auf so viel Engagement von Ihrer Seite und wünsche Ihnen in Ihren Bemühungen um ein modernes Bildungssystem in Österreich viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Walser

Dr. Harald Walser
Abgeordneter zum Nationalrat
Bildungssprecher der Grünen
Löwelstraße 12, 1017 Wien

+43 (0)1 40110-6302

<http://www.haraldwalsers.at/>

Antworten von BZÖ, FPÖ, ÖVP, SPÖ: fehlen

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Wissenschaftliche Arbeiten aus Österreich	
Claudia Müller	Ich komme nie raus...Bewältigungsstrategien und Lebenspraxis alleinerziehender Frauen im ländlichen Raum , Diplomarbeit Graz, 2009
Silvia Forstner	Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen und-pädagogen - Eine Studie zur subjektiven Wahrnehmung von Personen aus diesem Tätigkeitsfeld , Diplomarbeit Wien, 2010
Mag. ^a Maria Waltraud Kellner	Aus- und Weiterbildung österreichischer Kindergartenpädagoginnen aus historischer und zukünftiger Perspektive , Dissertation Graz, 2009
Mag.^a Györgyi Kern	Ausserfamiliäre Kinderbetreuung in Österreich .- Vergleich der rechtlichen Bestimmungen in den Bundesländern , Diplomarbeit, Salzburg 2005
Sarah Mühlburger	Der gesetzte BAGS-Kollektivvertrag , Diplomarbeit Graz, 2009
Mag. ^a Andrea Holzinger	Identifikation und Förderung von Begabungen im schulischen Kontext , Dissertation Graz, 2010
Mag.^a Annemarie Doblender	Bildung und soziale Ungleichheit im Elementarbereich. Eine empirische Studie über die Wahrnehmung und den pädagogischen Umgang mit sozialen

	Diskriminierungserfahrungen in den Tiroler Kindergärten , Diplomarbeit Innsbruck 2009
Agnes Maria Bock	Halt mich fest! Über die Bedeutung des Erlebens von Halt bei der Bewältigung von Trennung und Getrennt-Sein in der Kinderkrippe. Einzelfallanalyse eines zweijährigen Mädchens in der Kinderkrippe , Diplomarbeit Wien 2009
Vera Pomberger	<u>Überlegungen zum Erleben eines Kindes mit Cerebralparese in den ersten sechs Monaten in einem Integrationskindergarten</u> , Diplomarbeit Wien, 2009
Carmen Leodolter	Bildungsthema "Elternschaft" - Institutionelle Elternbildung anhand ausgewählter Beispiele der Stadt Bruck an der Mur , Diplomarbeit Graz, 2008
Claudia Henriette Wallisch	Zur Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen mit Epilepsie , Diplomarbeit Graz, 2009
Christine Bäck	Die Untersuchung von Exekutiven Funktionen bei Vorschulkindern mit einer Kinderversion des Trail Making Tests , Dissertation Wien, 2009
Esther Heiss	Allein auf weiter Flur. Über die Bedeutung von fixen Strukturen im Alltag des Kindergartens und in Beziehungen. Eine Einzelfallstudie über einen zweijährigen Jungen und dessen Auseinandersetzung mit dem Erleben der Trennung von primären Bezugspersonen , Diplomarbeit Wien, 2009
Dipl.-Päd. ⁱⁿ Katica Brčina, MAS	Vielfalt als Ressource. Möglichkeiten der Umsetzung am Beispiel des Modells der frühen sprachlichen Förderung in steirischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen , Masterthesis im Rahmen des ULG Migrationsmanagement Salzburg, 2009
Mag. ^a Iris PALZ	Zur Erfassung des individuellen Hilfebedarfs von Personen mit geistiger und/oder mehrfacher Behinderung mittels eines ICF-basierten Beurteilungsbogens , Dissertation Graz, 2009.
Mag.^a Claudia Gartler	Informations- und Kommunikationstechnologien im Elementaren Bildungsbereich Kindergarten , Masterthesis Graz 2008
Katja Hartl	Arbeitsteilige Interventionsplanung mit Familien , Dissertation Graz, 2010
Alessandra Weissensteiner	Kinderdelinquenz - Kriminologische Beurteilung und Behandlungsstrategien ,

	Diplomarbeit Graz, 2008
Mag. ^a Sandra MÖSTL	Erziehungsbedürftig oder krank? Grenzfälle und Kooperationen zwischen stationärer Einrichtung der Jugendwohlfahrt und der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark , Dissertation Graz, 2009
Angelika Engel	Der Kindergarten als Bildungsinstitution – eine bildungstheoretische Analyse der Annäherung des Kindergartens an die Schule , Diplomarbeit Wien, 2009
Elke Führer	Erkennbare Effekte eines Kinderkrippenbesuches bei Kindern im Schulalter , Diplomarbeit Graz, 2009
Mag. ^a Monika Zenz	Die Anzeigepflicht von Ärzten, Jugendwohlfahrtseinrichtungen und Schulpädagogen bei Verdacht auf Kindesmisshandlung , Dissertation Graz, 2009
Julia Kaufmann	Erfassen körperlicher Aktivität bei Kindern im Alter zwischen 4-6 Jahren , Diplomarbeit Graz, 2010
Mag.^a Birgit Prochazka	Der andere Blick – Ein Beitrag zur kultursensiblen Kindergartenpädagogik unter besonderer Berücksichtigung von Trainings und Weiterbildungen zum Erwerb kultureller Kompetenzen , Masterthesis, Krems, 2006
Bernadette Hoffelner	Kunstvermittlung für Kinder und Jugendliche am Beispiel Diözesanmuseum Graz - Verstehendes Erleben , Diplomarbeit Graz 2010
Stefan Behaghel von Flammerdinghe	Bewegung als begleitende Intervention bei kindlicher Legasthenie und Dyskalkulie , Diplomarbeit Graz, 2010
Helena Haslauer	Das Schulwesen in Österreich. Historischer Überblick mit besonderer Betrachtung der Mädchenerziehung und der Veränderungen im Nationalsozialismus , Diplomarbeit Graz, 2010
Ute Weitensfelder	Mobilität - Fachdidaktische Begleitung eines Museumsprojektes , Diplomarbeit, Graz 2010
Mag. Lukas Pirkopf	Motopädagogische Interventionen bei aggressiven Kindern im Sportunterricht , Diplomarbeit, Graz, 2010
Nina Medlitsch	Mutter-Kind-Bindung als unterstützender Faktor bei der Eingewöhnung von Kleinkindern in Kinderkrippen? Diplomarbeit Wien, 2010

Daniela Geiderer	Soziale Ungleichheit und Qualität in Kinderkrippen am Beispiel der Wiener Kinderkrippenstudie. Diplomarbeit Wien, 2010
Neda Afsharzadeh	Der Einfluss des sozialen Status auf das Ergebnis der Kariesstatushebung bei 4 und 5 jährigen Kindern in Wiens Städtischen Kindergärten, Dissertation Wien, 2010
Renate Hofer	Sprachförderung von Migrantenkindern in Kindergarten und Schule. Pädagogische und politische Interventionen zwischen Zweitsprachförderung und Mehrsprachigkeitsförderung - Analyse der Intervention "Sprachticket", Diplomarbeit, Klagenfurt 2010
Sabine Mair-Priester	Supervision als Unterstützungsmöglichkeit für KindergartenpädagogInnen
Elisabeth Strutzmann	Tempusgebrauch in kindlichen Narrativen, Diplomarbeit Graz, 2010
Gabriela Peinsi	Frühkindliche Bildung in der Elementarpädagogik -. Eine qualitative Studie zum Übergang Kindergarten Volksschule im Kontext des Modellprojekts KLiK (Kreatives Lernen im Kindergarten) in St. Veit/Glan., Dissertation Klagenfurt, 2009
Sophie Kleinberger	„...aber gefehlt hat immer was.“ - Auswirkungen der kriegsbedingten Vaterlosigkeit nach 1945 mit besonderem Fokus auf den Raum Graz, Diplomarbeit Graz, 2010

PRESSEAUSSENDUNG

Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor ...

Live-PR.com (Pressemitteilung) - 20.10.2010

Die Plattform EduCare hat bereits vor Jahren einen Entwurf für ein solches Gesetz vorgelegt. Der Elementarbereich ist drastisch unterfinanziert und schreibt ...

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN/ SYMPATHISANTEN DER PLATTFORM EDUCARE

Zum Endbericht der Expert/innengruppe "Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe" haben beim bm:ukk/bm.w_f Stellung bezogen:

[Emilie Billan \(pdf, 9 KB\)](#)

[Raphaela Keller \(pdf, 15 KB\)](#)

[Jutta Böhm \(pdf, 15 KB\)](#)

[Petra Hofrichter \(pdf, 15 KB\)](#)

[Margot Linke \(pdf, 17 KB\)](#)

[Helga Hauptmann \(pdf, 17 KB\)](#)

[Kerstin Fuchs \(pdf, 17 KB\)](#)

[Brigitte Putz \(pdf, 17 KB\)](#)

[Mag. Julia Gratzel \(pdf, 17 KB\)](#)

[Johannes-Maria Lex \(pdf, 40 KB\)](#)

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

Deutschland: Tageseltern für Kinderbetreuung immer beliebter

Die Kinderbetreuung durch Tagesmütter und -väter erfreut sich in Deutschland immer größerer Beliebtheit. Durchschnittlich kümmern sich Tageseltern dabei um zwei bis drei Kinder. Zum größten Teil werden Tagesmütter mit der Kinderbetreuung beauftragt, doch auch Tagesväter bieten Betreuung von Kindern an.

Die Kinderbetreuung durch Tagesmütter oder Tagesväter nimmt deutlich zu. Im vergangenen März wurden bundesweit 112 000 Kinder durch Tageseltern betreut, wie das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden mitteilte. Dies sei ein Anstieg um rund 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Fast 72 000 der 112 000 Kinder (64 Prozent) waren den Statistikern zufolge jünger als drei Jahre. Damit wurden bundesweit 3,5 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe von Tageseltern betreut. Im Vorjahr lag diese Quote noch bei 3,0 Prozent.

Versorgt wurden die 112 000 Kinder von rund 40 900 Tagesmüttern oder -vätern. Durchschnittlich kümmere sich eine Person damit um 2,7 Kinder. Unter den Betreuern sind laut Statistik nur 1 020 Tagesväter, die große Mehrheit (97,5 Prozent) sind Tagesmütter

In der Statistik berücksichtigt sind lediglich durch Jugendämter geförderte Tagespflegeverhältnisse. Betreuung auf rein privater Basis wird nicht erfasst. Ausführliche Zahlen zur Kinderbetreuung in Deutschland, insbesondere zu den Kindertageseinrichtungen, sollen voraussichtlich bis Mitte November vorliegen.

http://www.focus.de/panorama/vermishtes/deutschland-tageseltern-fuer-kinderbetreuung-immer-beliebter_aid_565486.html

VERWALTUNGSREFORM

"Quer durch abgeräumt, ohne Effizienz zu erhöhen" - Die Regierung dreht im Budget 2011 an vielen Steuerschrauben gleichzeitig und schummelt sich damit an großen Themen wie der Verwaltungsreform vorbei!

<http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/quer-durch-abgeraeumt-ohne-effizienz-zu-erhoehen-443933/index.do>

Budget 2011: Höhere Steuern statt Reformen - Von einer Verwaltungsreform ist keine Rede mehr.

Das Budget für 2011 fällt nicht so schlecht aus, wie man nach den Ankündigungen der Regierung befürchten musste. Aber auch nicht so gut, wie man es sich hätte erhoffen können. Denn die Koalition holt sich das Geld vor allem dort, wo es einfach geht. Dort, wo die Lobbys nicht am stärksten sind: bei Familien, Pflegefällen und Geringverdienern. Die Kinderbeihilfe wird gekürzt; die Bedingungen, um Pflegegeld beziehen zu können, werden deutlich erschwert; Autofahrer und Raucher müssen tiefer in die Tasche greifen. Warten muss der Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung, was vielen Frauen den beruflichen Wiedereinstieg auch weiterhin erschwert. Als schwacher Trost bleibt zumindest, dass auch die Banken zur Kasse gebeten werden, und die Steuervorteile für Stiftungen fallen. Unverständlich jedoch ist, warum die Regierung für dieses Budget Monate brauchte, zumal unbequeme Reformen darin ohnedies fehlen. Auch Karl Ettinger von Die Presse fühlt sich auf den Arm genommen: "Josef Pröll sollte jetzt wirklich niemandem mehr einreden wollen, dass für dieses simple Werk die Österreicher so lange durch die Verschiebung des Budgets hingehalten werden mussten."

<http://relevant.at/meinung/50270/budget-2011-mogelpackung-grosser-wurf.story>

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events](#)

Vielfalt als Potential und Herausforderung: Was braucht die Bildung?

Integration, Diversität, Inklusion: Vor welchen Herausforderungen stehen Bildungsinstitutionen im Umgang mit Vielfalt und Unterschiedlichkeit heute? Welche Strategien und Rahmenbedingungen braucht es, um die Vielfalt und Individualität des Einzelnen bestmöglich zu fördern und einen inklusiven Zugang zu Bildung für alle zu gestalten?

ES DISKUTIEREN:

Susannah Bständig

Direktorin, Europäische Volksschule „Dr. Leopold Zechner“

Monika Kastner

Assistenzprofessorin, Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Petra Pinetz

Projektleiterin, Beratungsstelle für (Vor-) Schulische Integration, Integration Wien

Michael Stuber

Diversity-Berater, Autor und Forscher

MODERATION:

Ina Zwerger

TERMIN: Do 04. 11. 2010, 18.30 Uhr

ORT: Architekturzentrum Wien, Museumsquartier, Museumsplatz 1, 1070 Wien

ANMELDUNG: bis 28. Oktober 2010 prm_office@kulturkontakt.or.at wird gebeten.

KulturKontakt Austria

Universitätsstraße 5

1010 Wien, Vienna

t +43 1 523 87 65-0

f +43 1 523 87 65-20

prm_office@kulturkontakt.or.at

www.kulturkontakt.or.at

SONSTIGES

Die Dauerpubertät und ihr Ende

Wo verläuft die Grenze zwischen Jung und Alt? Sind Jugend und Alter biologische Realität oder soziales Konstrukt? Über das Verschwinden der Lebensalter

Die fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften sind von einer eigentümlichen Paradoxie gekennzeichnet: Die Lebenserwartung der Menschen steigt seit einem Jahrhundert kontinuierlich an, gleichzeitig sinkt die Geburtenrate, und dies bedeutet, dass die alten und sehr alten Menschen in naher Zukunft die absolute Mehrheit stellen werden. Gleichzeitig aber gelten Jugend und Jugendlichkeit als die Ideale dieser Gesellschaft, in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen triumphieren die Attribute des Jungseins, und so alt kann keiner sein, dass er sich nicht mithilfe der Mode und der Unterhaltungsindustrie ewig jung fühlen könnte.

Trotzdem: Man kann dem Alter nicht entgehen. Wann es aber so weit ist - dafür gibt es keine starren Zäsuren mehr, kein runder Geburtstag, der verbindlich diesen Schritt anzeigt, kein soziales Ritual, das diesen Übertritt in eine andere Welt signalisierte.

Wie lange ist man nun eigentlich jung? Und ab wann zählt man, ob man es will oder nicht, wirklich zum alten Eisen? Die Debatten der Gegenwart über die Überalterung der

Gesellschaft, die Sicherung der Pensionen, die Erhöhung des Renteneintrittsalters und den Konflikt der Generationen kennen nur mehr zwei Gruppen, die einander gegenüberzustehen scheinen: die Jungen und die Alten. Unklar aber ist, wo genau die Grenze zwischen diesen Formationen verläuft, unklar ist, inwiefern Jugend und Alter eine biologische Realität oder eine soziale Konstruktion darstellen. Klar ist einzig die Bewertung dieser Daseinsformen: Jugend ist gut, und Alter ist schlecht. Deshalb führen wir auch einen aufwändigen Kampf gegen Alterungsprozesse - Anti-Aging - und keinen gegen die grassierende Infantilisierung, die nun einmal der Preis für die Adorierung von Jugendlichkeit ist. Oder anders, ohne kulturpessimistische Untertöne formuliert: Die Jugend ist offenbar etwas, das mit allen Mitteln erhalten und verlängert werden soll, das Alter ist etwas, das mit allen Mitteln, solange es eben geht, bekämpft, verhindert und hinausgezögert werden muss. Kein Wunder, dass die Grenze zwischen Jugend und Alter fließend geworden ist. Starr allerdings war sie nie gewesen.

Großer Lebensbogen

Interessant allerdings, dass die Gesellschaft, in der die Menschen mit der höchsten Lebenserwartung rechnen dürfen, zur Periodisierung dieses langen Lebens nur noch die Begriffe "jung" und "alt" zur Verfügung zu haben scheint. Es mag verblüffen, dass Gesellschaften mit einer wesentlich geringeren durchschnittlichen Lebenserwartung viel differenziertere Auffassungen von den "Lebensaltern" hatten, die ein Mensch im Laufe seines irdischen Daseins durchlaufen kann. Beliebte war etwa lange die Synchronisierung der Lebensabschnitte mit den Jahreszeiten: Frühling, Sommer, Herbst und Winter entsprachen der Kindheit, der Jugend, dem reifen Erwachsenenendesein und dem eigentlichen Alter. Manche seit der Antike tradierten Konzepte waren noch ausgefeilter und unterschieden bis zu zehn Phasen des Lebens. Der berühmte Prediger Abraham a Sancta Clara definierte diese, auf Hippokrates zurückgehende Einteilung des (männlichen) Lebens in der ihm eigenen markigen Sprache folgendermaßen: "Im siebenten Jahr zeigt sich der Verstand; im zweimal sieben d. i. im vierzehnten Jahr stüpfelt die erste Woll heraus um die Lippen; im dreimal sieben d. i. im einundzwanzigsten Jahr wächst der Bart; in viermal sieben d. i. im achtundzwanzigsten Jahr hat der Mensch seine vollkommene Stärke; im fünfmal sieben d. i. im fünfunddreißigsten Jahr ist der Mensch in der Natur zum vollkommensten; im sechsmal sieben d. i. im sechsundfünfzigsten Jahr, da ist der Mensch zu allen guten Rathschlegen am allertauglichsten; im neunmal sieben d. i. im dreiundsechzigsten Jahr, da nehmen die Kräfte ab; im zehnmal sieben d. i. im siebenzigsten Jahr ist meistens das End des Lebens." Für solche und ähnliche Konzepte ist das 1862 erschienene Buch Die Lebensalter. Ein Beitrag zur vergleichenden Sitten- und Rechtsgeschichte des Germanisten Wilhelm Wackernagel übrigens noch immer eine unerschöpfliche und viel zu selten genutzte Quelle.

Gemeinsam war diesen Modellen die Vorstellung eines großen Lebensbogens, eines mehr oder weniger kontinuierlich gedachten Auf- und Abstiegs, Zeiten des Aufblühens und der Reife folgten Perioden des allmählichen Verfalls und Niedergangs. Es ist offenkundig, dass wir diesen schönen Bildern nichts mehr abgewinnen können. Die Zehnjahresschritte, mit denen noch das 17. Jahrhundert die Lebensspanne eines Menschen beschreiben konnte, sind einem Konzept gewichen, das die meisten dieser Abschnitte schrumpfen oder ganz verschwinden lässt. Die Kindheit dauert gerade noch von der Geburt bis zum dritten Lebensjahr. Dann beginnt mit Kindergarten, Vorschule, Bildungsplan, Fremdsprachen, Computer-Literacy schon der Ernst des Lebens, also der Kampf um die besten Startplätze im globalen Wettbewerb. Castingshows für Sechsjährige können auch als Indiz für diesen Verlust der Kindheit gewertet werden, wie peinlich es auch sein mag, Kinder dabei zu beobachten, wie sie die Kleider, Gesten und

Rhythmen der Erwachsenen imitieren.

Homer Simpson ...

Ganz so schlimm ist es aber auch wieder nicht, denn diese Erwachsenen sind ja selbst jugendlich, wie alt sie auch sein mögen. Sie kleiden sich wie Halbwüchsige, sprechen wie Halbwüchsige, hören die Musik von Halbwüchsigen, tanzen wie Halbwüchsige, sehen die Filme von Halbwüchsigen, sie denken wie Halbwüchsige - und dies bis ins hohe Alter. Es ist offenkundig, dass neben der eigentlichen Kindheit vor allem der Lebensabschnitt des reifen Erwachsenseins verschwunden ist. Die späte Pubertät oder frühe Adoleszenz sind zum generationenübergreifenden Lebensmodell geworden. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen.

Galten in älteren Gesellschaften vor allem die biologische Geschlechtsreife und in weiterer Folge das Zeugen und Gebären eines Kindes als markantes Zeichen für den Eintritt ins Erwachsenenalter, ist dieses Merkmal obsolet geworden. Kinderlosigkeit ist zu einer normalen und akzeptierten Lebensform geworden wie eine sehr späte Entscheidung für Kinder.

Ebenso ist der Zeitpunkt des Eintritts in das Berufsleben, der für den Status des männlichen Erwachsenen vor allem in der bürgerlichen Gesellschaft signifikant war, zur Bestimmung des Lebensabschnitts nahezu bedeutungslos geworden. Die moderne Gesellschaft kennt den 14-jährigen Jungunternehmer, der gerade seine erste Million gemacht hat, genauso wie den 45-jährigen Habilitanden, der nach Jahrzehnten prekärer Projektarbeit noch immer auf seine erste Anstellung wartet.

Nicht zuletzt gibt es keine kulturellen Codes mehr, die eine eindeutige Zuschreibung zu bestimmten Lebensaltern erlaubten. Galt lange die Erwachsenenkultur als Norm, zu der Erziehung und Bildung hinführen sollten - und solange diese Norm von einem klassischen Ideal geprägt war, bedeutete dies im Wortsinn, dass sich jeder Jugendliche mit Bildungsanspruch die Kultur der "Alten", nämlich der antiken Griechen und Römer, aneignen musste -, so ist mittlerweile auch die Phase, in der dieser Kultur der Erwachsenen eine eigene jugendliche "Subkultur" gegenübergestellt werden konnte, vorüber. Nun ist die Jugendkultur die Norm, der sich auch die Älteren unterwerfen. Das heißt, dass es auch hier keine Merkmale des Erwachsenseins mehr gibt. Wer lieber Homer liest, anstatt den Simpsons zu verfallen, gilt nicht als erwachsen, sondern bestenfalls als verschoben.

... anstatt Homer

Die Stilisierung des jugendlichen Erwachsenen zum mehrere Lebensphasen umspannenden Ideal macht es nicht ganz einfach, jung zu sein. Dem schnellen Ende der behüteten Kindheit und dem frühen Auftreten typischer Merkmale des Erwachsenseins - vom Leistungsdruck über die Inanspruchnahme zahlreicher Freiheiten bis zur Absenkung des Wahlalters - korrespondieren zahlreiche Infantilisierungsstrategien - von der Anhebung des sexuellen Schutzalters bis zur Pädagogisierung aller Lebensbereiche -, was in Summe zu einem ständigen und lange andauernden Wechsel zwischen Souveränitätsansprüchen und Bevormundungsversuchen führen muss.

In einer Zeit jung zu sein, in der Jungsein einerseits zum gesellschaftlichen Leitbild erhoben wird und andererseits genau deshalb auch Erwachsene wie Kinder behandelt werden, muss bei Jugendlichen den Eindruck hinterlassen, dass es keinen Weg aus diesem Zustand mehr gibt: Ist

die Schule endgültig geschafft, wartet ein verschultes Studium mit anschließendem durchstrukturiertem Graduiertenkolleg, und überall gibt es Trainer, Begleiter, Mentoren, Berater, Coaches und Therapeuten, die sorgsam jeden Schritt der nominell längst erwachsen gewordenen Menschen überwachen. Unmündigkeit, einst Merkmal der Minderjährigkeit, ist zu einem gesellschaftlich akzeptierten, ja geforderten Status geworden. Jugend ist deshalb vor allem für junge Menschen eine Falle, aus der es keinen Ausweg mehr gibt. Die sukzessive Demontage der Matura, der "Reifeprüfung", und ihre anvisierte Ersetzung durch spezielle "Eignungstests" bestätigen diesen Befund: Menschliche Reife ist eine antiquierte Kategorie, testen kann man auch schon Dreijährige.

Die Etablierung der Jungenkultur zum einzig "legitimen" Geschmack macht es zudem auch einfach, nicht erwachsen werden zu müssen. Es genügt, so zu bleiben, wie man ist, und alle sagen: Du darfst. Und für nicht mehr ganz so Junge reicht es, sich der Jugend, ihrer Mode, ihrer Musik und ihrer Sprache anzugleichen und darauf zu verzichten, eine eigene Kultur des erwachsenen oder älteren Menschen zu entwickeln und zu behaupten. Solange man sowohl körperlich als auch geistig einigermaßen gesund ist, scheint "Alter" keine relevante Größe zu sein. Die Formel von der Generation 50+ deutet dies an: Erfolgreiche Manager oder Wissenschaftler auf dem Höhepunkt ihrer Karriere zählen ebenso dazu wie agile Frühpensionisten, die die Welt bereisen, Dirigenten gehören beim Eintritt in dieser Altersgruppe überhaupt noch zum Nachwuchs, und auch ein omnipräsenter, von Einfällen sprühender ehemaliger Operndirektor kann den Eindruck erwecken, dass er mit 75 Jahren eher zwangspensioniert denn in einen wohlverdienten Ruhestand versetzt wurde.

Chemisch unterstützte Potenz

Früher wurde man alt, wenn jene Kräfte nachlassen, die für Sigmund Freud den einigermaßen gesunden Menschen charakterisieren: die Arbeits- und die Liebesfähigkeit. Vielen Kulturen galten deshalb das Ende der Reproduktivität - vor allem bei der Frau - und die zunehmende körperliche Schwäche - vor allem beim Mann - als deutliche Signale des Alters. Keine Frage, dass sich auch diese Grenze aufgrund einer besseren gesundheitlichen Verfassung der Menschen und dank des medizinisch-technischen Fortschritts nicht nur nach hinten geschoben hat, sondern als Merkmal des Alters ebenfalls nahezu unbrauchbar geworden ist. Chemisch unterstützte Potenz und technisch induzierte Reproduktivität ermöglichen den 70-jährigen Playboy ebenso wie die Mutterschaft nach dem Klimakterium.

Gerade weil es keine kulturell verbürgten Grenzen zwischen Jung und Alt mehr gibt und Jugendlichkeit die Norm darstellt, hört das Alter auf, ein kulturelles Phänomen zu sein. Nichts, was einst als positive Kulturleistung mit dem Alter assoziiert wurde - Reife, Erfahrung, Weisheit, Souveränität, Erinnerung -, spielt für diesen Lebensabschnitt noch eine Rolle. Unsere Gesellschaft kennt weder eine Kultur noch eine Ästhetik des Alters. Die Devise lautet: jung bleiben, solange es geht. Die kulturelle Entfremdung, die das Alter einstens mit sich brachte und die noch Jean Améry in seinem 1968 geschriebenen Essay Über das Alter zu einem wesentlichen Merkmal dieser späten Lebensphase machen konnte, ist deshalb kaum noch nachvollziehbar. Natürlich würde kein alternder Intellektueller heute zugeben, dass er seine Zeit nicht mehr versteht, dass ihm die Kunst und die Mode, die Musik und Literatur, die Sprache und die Technik der Jungen fremd geworden sind. Heute ist das Gegenteil der Fall, und erst vor kurzem rühmte sich der alternde Günther Grass, dass er problemlos den Jargon der Jungen beherrsche.

Zukunftsvergessenheit

Entrinnen können wir dem Alter aber nicht. Irgendwann wird auch in einer auf Jugendlichkeit getrimmten Gesellschaft das Alter unübersehbar. Es beginnt, nahezu unbemerkt, dann doch auch früher als gemeinhin angenommen. Auch ohne alle Anzeichen körperlicher oder seelischer Schwächen spüren wir das Alter dann, wenn die Zeit, die vor einem liegt, kürzer wird als die Zeit, die man schon gelebt hat. Es macht sich bemerkbar, wenn die Erinnerungen wichtiger werden als die Erwartungen (siehe "Ich frage mich ..." von Sibylle Berg, ALBUM Seite 12; Red.). Es fängt an, wenn die Optionen schrumpfen und nicht mehr alles, sondern nur mehr wenig getan werden kann. Der Jugend, so erkannte schon Schopenhauer, erscheint das Leben unendlich. Sie hat alle Möglichkeiten und kann es sich deshalb auch leisten, sich nicht gleich auf alles festlegen zu müssen. Alt wird man, wenn klar wird: Es wird nicht mehr alles möglich sein. Das Alter, so der Philosoph Odo Marquard, ist deshalb auch "illusionsresistent" und gefeit gegen jeden "Zukunftskonformismus". Es widerspricht der Logik des Alters, nur das gut zu finden, was erst kommen wird. Dass dies in einer jugendorientierten und zukunfts-süchtigen Gesellschaft irgendwann dem Alter vorgerechnet werden wird, haben dieser Tage die Gegner von "Stuttgart 21" zur Kenntnis nehmen müssen. Es wären nur die starrköpfigen Alten, die sich gegen dieses Projekt sträuben, da sie vom neuen Bahnhof auch nichts mehr haben werden - so urteilte Dirk Kurbjuweit jüngst harsch im Nachrichtenmagazin Der Spiegel. Und schon gibt es für diese renitente Haltung der Alten ein neues, schönes Wort: Zukunftsvergessenheit.

... und künstliche Befruchtung

Die meisten Alten aber demonstrieren nicht in Stuttgart, sondern versuchen, sich von Jungen das Internet beibringen zu lassen, werden also zu Schülern ihrer Kinder. Wenn es für das Alter keine kulturellen Codierungen mehr gibt, hört es auch auf, ein gesellschaftliches Phänomen zu sein. Es wird zum Schicksal, zur Erfahrung des Einzelnen. Diese Erfahrung aber, so notierte es sich einmal der Schriftsteller Robert Menasse, ist eine, aus der man nichts mehr lernen kann. Am Phänomen des Alterns selbst muss auch das wohlmeinende Konzept des lebenslangen Lernens scheitern: Man kann nicht noch einmal altern und es dann besser machen. Auch die Irrtümer sind ein Vorrecht der Jungen. Das macht das Alter tatsächlich zu einer Phase, in der vieles, was frühere Zeiten als Weisheit verklären wollten, eher der Vorsicht des Unwiderruflichen geschuldet ist.

Zu altern beginnt man in der öffentlichen Wahrnehmung heute deshalb erst dann, wenn das Alter sich nur mehr auf einer einzigen Ebene wirklich bemerkbar machen kann: der des manchmal schleichenden, manchmal dramatisch in Erscheinung tretenden physischen und psychischen Verfalls. Alt wird man, wenn man das Sozialbudget belastet und zum Pflegefall zu werden droht. Die zweifellos weit nach hinten verschobene Schwelle zum Eintritt in das Alter ist deshalb durch und durch negativ bestimmt.

Alt wird man heute, wenn die Schmerzen zunehmen, die Glieder versagen, das Gedächtnis nachlässt, das Begehren schwächer wird, das Interesse an der Welt abgelöst wird durch das Interesse an der immer fraglicher werdenden eigenen Befindlichkeit. Simone de Beauvoir und Noberto Bobbio haben in ihren Reflexionen über das Alter genau diesen Aspekt ins Zentrum gerückt. Das so bestimmte Alter fällt zusammen mit jenem Lebensabschnitt, der einstens dem Greis bestimmt war. Alt ist man, so Bobbio, wenn es "kein Weiterleben", sondern nur mehr ein

"Nicht-Sterbenkönnen" gibt. Das ist die Theorie und Praxis der Lebensalter unserer Epoche: Wir taumeln von der Dauerpubertät direkt in das Greisenstadium.

Dazwischen ist: nichts. (Konrad Paul Liessmann/DER STANDARD, Printausgabe, 23./24.10. 2010)

<http://derstandard.at/1287099831986/Die-Dauerpubertaet-und-ihr-Ende>

KONRAD PAUL LIESSMANN, geb. 1953 in Villach, ist Univ.-Prof. für Philosophie in Wien, zudem Essayist, Literaturkritiker und Kulturpublizist. Zuletzt erschien von ihm "Das Universum der Dinge: Zur Ästhetik des Alltäglichen" (Zsolnay, 2010).

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Die Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.